

Vereins-Anzeiger

Organ des

Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

sowie der freien eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

<p>Nr. 52</p>	<p>Erscheint alle Sonnabende. Abonnementpreis M. 1.50 pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus Grothstraße 1. Fernspr. 5, 8243.</p>	<p>Hamburg, Sonnabend, 27. Dezember 1913.</p>	<p>Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non- paraillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (der Betrag ist stets vor h e r einzulenden). Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.</p>	<p>27. Jahrg.</p>
---------------	---	---	---	-------------------

Zum Jahreswechsel
entbieten wir unsern Kollegen,
Mitarbeitern und Freunden
unserer Organisation
beste Glückwünsche!
Der Vorstand. Die Redaktion des V.-A.

Jahreschluss.

Beim Abschluss des vorigen Jahres schrieben wir: „Das kommende Jahr wird an unsere Mitglieder große Anforderungen stellen, mögen sie den ihnen bevorstehenden Aufgaben in vollem Maße gewachsen sein.“ Der Verlauf dieses Jahres bestätigt uns, wie nur allzu sehr sich diese Worte bewahrheitet haben, denn das Jahr 1913 wird für unsere Kollegenschaft ein erinnerungsreiches bleiben, geht doch mit ihm ein Zeitabschnitt zur Rüste, der eine Kampfsperiode in des Wortes vollster Bedeutung war.

Die Tätigkeit unseres Verbandes im verflossenen Jahre wurde beherrscht von der Tarifbewegung und dem uns aufgezwungenen Kampfe. Wir können hier nicht auf die damit im Zusammenhang stehenden Ereignisse eingehen, sondern wollen nur hervorheben, daß die Bedeutung des letzten Kampfes nicht nur in seinem Umfange, seiner Ausdehnung über das ganze Reich und in andern besonderen Merkmalen liegt; seine Vorgeschichte und Folgen kennzeichnen ihn auch recht deutlich als Begleitererscheinung einer bestimmten Entwicklung des Tarifvertragswesens und der unnatürlichen und unehrlichen Tarifvertragspolitik des Arbeitgeberverbandes.

Die plötzliche Schwentung der Malermeister von der Tarifeindschaft zur Befürwortung des Tarifwesens auf dem Malertage in Hannover im Jahre 1907 und das gleichzeitige Drängen nach einer Zentralisierung der Tarife war nicht objektiver Beurteilung entsprungen. Die Zusammenfassung der einzelnen Tarife sollte große Lohnbewegungen herbeiführen und den zukünftigen Tarifverträgen einen den Arbeitgebern besser zuzugenden Inhalt verschaffen. Daneben sollte der mit allzu verbächtiger Hast propagierte Reichstarifvertrag zwischen den Zentralorganisationen ein Mittel zur schnelleren Aufriechung und zum dauernden Zusammenhalt des aus sechs Bauverbänden mit weitgehender Selbstständigkeit nur lose zusammengefügteten Arbeitgeber-Hauptverbandes sein.

Die schönen Pläne scheiterten jedoch auf die Dauer an den natürlichen Verhältnissen, die niemand überspringen kann und an dem Widerstand unserer Organisation. Der Arbeitgeberverband unternahm zu Beginn der Verhandlungen über den ersten Reichstarifvertrag, wie schon bei den Verhandlungen über den Normaltarifvertrag, u. a. einen entschiedenen Vorstoß zur Verschlechterung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Und im übrigen verhielt man den Arbeitgeberverbänden wahre Wunderdinge, den Unorganisierten unter den Arbeitgebern aber die schlimmsten Nebel.

Doch es kam bekanntlich anders. Es wurde nichts davon verwirklicht, was für uns schädliche Wirkungen haben konnte. Das stimmte, als es nach einiger Zeit praktischer Anwendung des neuen Tarifvertrages immer mehr offenkundig wurde, die von der Macht des Arbeitgeberverbandes vorschnellweise enthußamierten Arbeitgeber sehr mißvergnügt.

So rächte sich bald die vom Arbeitgeberverband trotz aller Warnungen der Gehilfenorganisationen und Unparteiischen durchgeführte schematische Regelung der Arbeitsverhältnisse über ganz Deutschland hinweg an

ihren Urhebern selbst. Die Reglementierung nebenfachlicher Dinge — und das war das besonders Neue an dem Reichstarifvertrag — blieb nach Lage der Produktions- und Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe praktisch bedeutungslos, wirkte vielfach schikanös und gab besonders wegen der eingesetzten, recht kompliziert gestalteten, dreifach übereinander geordneten Tarifinstanzen Anlaß zu vielen oft recht Kleinlichen Streitigkeiten und den Arbeitgebern naturgemäß schädlichen fortgesetzten Beunruhigungen, von denen sie während der totalen Tarifverträge viel seltener heimgesucht wurden.

Darum sehnten sich große Teile des Arbeitgeberverbandes wieder aus den ihnen mehr als den Gehilfen unangeneimen Fesseln des erst herbeigewünschten Reichstarifvertrages heraus. Die vielen Enttäuschungen verdichteten sich zu einer Reaktion gegen die selbst herbeigeführte künstliche Ueberspannung des Tarifgedankens und da man dem Arbeitgeberverband immer andichtete, daß er den Gehilfen einen Vertrag aufgezwungen habe, der ein Glück für die Meister sein könnte, wenn unser Verband ihn nur richtig durchzuführen wollte, blies man gegen diesen zum Kampfe. Dieser wurde denn auch provoziert und — eine seltene Machtprobe — elf Wochen lang durchgeführt.

Jetzt, nach dem bekannten Ausgang des Kampfes, haben die Arbeitgeber den Schaden häufig zu tragen, daß sie der natürlichen Entwicklung ökonomischer Faktoren Gewalt antun wollten. Nachdem die Verhältnisse einmal reif waren für Tarifabschlüsse, war das Streben nach deren Zusammenfassung in einem Reichstarifvertrag eine Selbstverständlichkeit und des Erfolges sicher. Das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes aber, der geleitet von organisatorischen Nebenabsichten und besonderen egoistischen Erwägungen die an sich folgerichtige Entwicklung überhastete und aus dem so Nicht errungenen „Erfolge“ auf dem eigensinnig eingeschlagenen Wege seine organisatorische und taktische Ueberlegenheit ableitete, ist ihm teuer zu stehen gekommen. — Dazu kam, daß die Ausdehnung des Kampfes auch seine Chancen nicht erhöhte. Die Faktoren, die einen allgemeinen Kampf erschweren, wirkten nicht nur auf die Aktion der Arbeiter, sondern ebenso kräftig auch auf die der Arbeitgeber. Und daß die ganz besondere Absicht, durch die Reichstarifbewegung den Arbeitgeberverband zu stärken, nicht in Erfüllung gegangen ist, braucht nach den Ereignissen mit dem abseits marschierenden Gau Rheinland-Westfalen nicht noch hervorgehoben zu werden.

Zu Lohnbewegungen kam es auch im Lackierergewerbe in diesem Jahre in einer Reihe größerer Betriebe, die jedoch zum größten Teil auf friedlichem Wege ihre Erledigung fanden. Zu einem großen Kampfe dagegen führte die auf den Werften eingeleitete Bewegung, an der von unsern Mitgliedern gegen 400 beteiligt waren. Die behauerlichen Vorkommnisse, die sich an diesen Werftarbeiterkampf anknüpfen und kein erfreuliches Memento in der Arbeiterbewegung auslösten, dürften noch allgemein bekannt sein. Hoffen wir, daß unsere gewerkschaftlichen Organisationen vor solchen Rückschlägen künftig bewahrt bleiben.

Die Aussperrung im Malergewerbe war kaum beendet, als sich schon wieder die Anzeichen einer niedergehenden Geschäftskonjunktur im Baugewerbe bemerkbar machten, das bereits das ganze Jahr 1912 hindurch unter ungünstigen Verhältnissen zu leiden hatte. Wie sich für das Malergewerbe die Lage des Arbeitsmarktes, soweit zusammenfassende Berichte vorliegen, gestaltete, ersehen wir aus obensehender Tabelle:

Auf die innere Entwicklung und Ausgestaltung unseres Verbandes werden die Beschlüsse der letzten Generalversammlung den größten Einfluß ausüben. Mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung und dem weiteren Ausbau der bisherigen Unterstützungsrichtungen ist unser Verband ebenfalls auf die Höhe derjenigen Zentralverbände gestellt worden, die schon vor Jahren diesen großen Schritt voll-

Auf 100 offene Stellen kamen durchschnittlich Arbeit-suchende:

	1910	1911	1912	1913
Januar	996,90	694,96	754,17	569,93
Februar	480,03	422,87	316,14	253,87
März	108,31	98,31	88,53	155,56
April	91,11	83,05	85,46	117,34
Mai	131,12	85,85	102,10	116,62
Juni	147,28	121,75	117,12	115,32
Juli	185,87	122,35	123,49	148,82
August	160,05	124,75	131,44	152,03
September	107,76	78,55	94,83	100,78
Oktober	203,62	141,47	150,77	171,88
November	580,26	392,24	452,11	—
Dezember	605,18	445,28	492,49	—

zogen haben. Ueber die hohe und weittragende Bedeutung von der Lösung dieses sozialen Problems unserer Kollegen nicht mehr geteilter Meinung sein, ja, nachdem im allgemeinen Volksinteresse der Kampf sich um die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung abspielt und deren Notwendigkeit sich immer fühlbarer bemerkbar macht, kann mit Recht betont werden, wie gerade noch zur rechten Zeit unsere Organisation eingegriffen hat. Daß mit der Verwirklichung dieses Planes eine Beitragserhöhung antreten mußte, galt bei jedem Mitglied als feststehende Tatsache. Zugleich wurde auch der Einbeitragsbeitrag für zwei Klassen infolge der höheren Krankenunterstützung eingeführt, nachdem es den Mitgliedern bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. freigestellt, einen Antrag auf beitragsfreie Marken zu stellen. Der veränderte Beitragssystemmodus hat nicht allgemein die Zustimmung der Kollegen gefunden, das war wohl vorauszusehen. Die Ueberzeugung und die Erkenntnis bei unsern Mitgliedern aber, daß auch diese statutarische Aenderung im Interesse der Fortentwicklung des Verbandes gesahet worden ist, daß wir in der Aufbringung der Mittel zur Stärkung unseres Kampffonds ganz auf uns selbst angewiesen sind, wird dazu beitragen, sich der neuen Situation anzugewöhnen.

Auf dem dritten Bauarbeiterkongress, der am 11. und 12. August in Leipzig tagte, waren 38 Verbandskollegen vertreten. Erneut kamen hier die berechtigten Forderungen der gesamten Arbeiter im Bauberufe für einen ausreichenden reichsgesetzlichen Arbeiterschutz zum Ausdruck und wurden geeignete Vorschläge für die Unfallverhütung und für die Abwendung von Gesundheitsgefahren beschlossen, die den verantwortlichen Stellen zu unterbreiten sind. Der Kongress tagte im Kongressaal der Internationalen Bauausstellung. Nachdem seitens der Generalkommission die Verhandlungen mit dem Ausstellungsdirektorium abgeschlossen waren, wurde die Beteiligung der Gewerkschaften an dieser Ausstellung beschlossen. In Betracht kamen dabei nur die Bauarbeiterorganisationen und solche Verbände, deren Mitglieder zum Teil ebenfalls am Bau beschäftigt sind. Die Beteiligung der Gewerkschaften beschränkte sich auf eine Darstellung des Bauarbeiterkongresses. Es sollte eine Uebersicht gegeben werden über die verschiedenen Berufskrankheiten sowie über die Verbreitung und Wirkung derselben unter den Bauarbeitern. Desgleichen über die Unfallziffern und die Verschiedenartigkeit der Unfälle und deren Folgen. In der Hauptsache handelte es sich aber um die Vorführung muster-gültiger Gerüste und Schutzbauvorrichtungen sowie Einrichtungen hygienischer und sanitärer Art. Zu diesem Zwecke wurde ein eigenes Gebäude von den Gewerkschaften auf dem Ausstellungsgelände errichtet, an dem Gerüste für Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Glaser, Klempner und Maler angebracht waren, die zeigten, wie sie beschaffen sein müssen, um Unfälle zu verhindern. Außerdem wurden die erforderlichen hygienischen Einrichtungen in musterhafter Weise vorgeführt. Ueber diese bedeutungsvolle erste Ausstellung unserer Gewerkschaften ist an dieser Stelle eingehend berichtet worden. Wie sehr übrigens diese Veranstaltung auch im all-

gemeinen die ihr gebührende Beachtung gesunden hat, beweist, daß der Generalkommission die goldene Medaille der Stadt Leipzig zuerkannt wurde.

Mit unsern ausländischen Bruderorganisationen standen wir wie bisher durch das internationale Sekretariat in bester Verbindung. Erhöhere Kämpfe hatten unsere österreichischen und holländischen Kollegen zu bestehen, in Dänemark kam wieder ein Landestarif zustande.

Alles in allem, das zurückliegende Jahr war ein Prüfstein für die Stärke unserer Organisation, für die Schulung und Disziplinierung unserer Mitglieder. Insgesamt wie auch von dem einzelnen Kollegen mußten große Opfer in dieser Kampfsperiode gebracht werden, aber wahre Solidarität und Begeisterung für die Erringung unserer Position trugen dazu bei, sie zu leisten, gar doch der frivole Kampf des Unternehmertums dem Niederringen unsres Verbandes. Ganz unverständlich ist deshalb auch der Mißmut und die Unzufriedenheit eines Teils der Mitglieder nach einem so großen, von der Organisation siegreich durchgeführten Kampf. Angehört der Wirtschaftskrise, der steigenden Teuerung der notwendigsten Lebensmittel, der großen Arbeitslosigkeit, der zunehmenden Existenzunsicherheit ist der in die Erscheinung tretende Unmut wohl begreiflich, aber niemals soll und darf dies benützt werden, bei passender oder unpassender Gelegenheit das Ansehen der eigenen Vereinsorganisation herabzusetzen. Die Erfolge, die wir mit Hilfe der Organisation errungen haben, zu vernachlässigen oder nicht zu würdigen, ist ein vollständig verkehrter Standpunkt. Mehr denn je gilt in solchen Situationen das Wort:

„Vollen wir die Zukunft nicht preisgeben —“

Dann dürfen wir an der Gegenwart nicht verzweifeln!

Jeder Tag bringt uns den Beweis dafür, auf dem Vollen zu sein, den festen Glauben an die Organisation zu wahren und das gegenseitige Vertrauen zu stärken. Die schwere Schlappe, die die Unternehmer erlitten, wird sie veranlassen, auf Rache zu sinnen, um die Scharte wieder auszugleichen. Auch sonst geben die Maßnahmen und Pläne aller scharfmarkierten Elemente — ihr Geschrei nach gesetzlichen Eingriffen zur Behloßmachung der Gewerkschaften, nach härterem Schutz der „Arbeitswilligen“ usw. — den Arbeitern hinreichend Anlaß, ihre Einigkeit zu wahren und wohlgerüstet allen reaktionären Ausschlägen gegenüber zu stehen. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen wollen wir den Kampf weiter führen auch im kommenden Jahre!

Dem Kampf gegen die Schmutzkonkurrenz.

Die letzte Aussperrung hat dem Kampfe gegen die Schmutzkonkurrenz nach den Bestimmungen des Reichstarifvertrages auf längere Zeit, vielleicht sogar für immer, den Sargus gemacht. In auf diesem Gebiete dem Arbeitgeberverband auch noch nie ernsthaft ge-

arbeitet worden, weil es ihm dazu an der inneren Festigkeit und an den nötigen Finanzen fehlte und weil sein Arbeitgeber sich gern ins eigene Fleisch schneiden will, so ist jetzt natürlich erst recht nichts mehr zu erwarten. Dabei wüßte aber die Schmutzkonkurrenz infolge des durchgeführten Kampfes, wie der Arbeitgeberverband, bevor er ihn vom Baune brach, hätte voraussehen können, schlimmer als sonst; die Gegensätze unter den einzelnen Arbeitgebern und mit den Gesellsen sind verschärft und die Mittel des Arbeitgeberverbandes so erschöpft, daß zunächst jeder nach besten Kräften Schmutzkonkurrenz treibt. So haben sich denn die feinerzeit von München importierten Ideen, die dem § 10 des Reichstarifvertrages zugrunde gelegt wurden, verflüchtigt. Indessen ist auch ihr Entdecker in die Wüste gegangen und hat an seinem eigenen Geschäft die Wirkungslosigkeit seiner Kalkulationsmethode praktisch nachgewiesen.

Jetzt geht man nun, wie es scheint, mehr ohne Reichstarif vor. So berichtet die „Allgemeine Arbeiter-Zeitung“ vom 13. Dezember aus Flensburg über die Gründung einer Vereinigung der dortigen Arbeitgeber im Anschluß an die Zwangssinnung zur Durchführung einer Preisvereinbarung. Diese soll durch Festlegung von Selbstkosten und Mindestpreisen das Submissionswesen reformieren und für eine Besserstellung der Vereinsmitglieder im wirtschaftlichen Leben kämpfen. In dem Verein werden bei jeder Submission die Bedingungen und Preise der von dem einzelnen Meister einzureichenden Offerten genau festgesetzt. „Den Beschäftigten hat sich jeder Teilnehmer unbedingt zu fügen, einerseits, ob er anwesend war oder nicht.“ Die Angebote sind zunächst an den Vereinsvorsitzenden einzureichen. Dieser öffnet sie im Beisein der dazu eingeladenen Teilnehmer an der Submission. „Sichtlich in die Angebote ist jedoch allein dem Vorstande gestattet“ (1), der sie „nach geschätzter Prüfung“ einreicht. Dann heißt es u. a. in der „Allg. M.-Ztg.“ weiter:

Zur Deckung der Kosten zahlt derjenige, der bei Submissionen den Zuschlag erhält, 1/2 Proz. von der Summe des Angebots innerhalb 14 Tage nach erfolgtem Zuschlag an den Kassierer. Hier von erhält der Vorstand 1 Proz. als Vergütung, der Rest mit 1 1/2 Proz. fließt in die Vereinskasse. Fehlen in der Vollversammlung wird mit 3 Mk. bezahlt. Der Ausschluß kann nur zum Schluß eines Geschäftsjahres erfolgen, wenn sechs Monate zuvor gekündigt ist. Der Verein ist gerichtlich eingetragen.

Ferner hat der Verein mit den in Flensburg ansässigen Besitzern von Leitergerüsten einen Vergünstigungsvertrag abgeschlossen, auf Grund dessen die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ für Benutzung der Gerüste ab 1. April 1914 pro Quadratmeter 25 Btg. zahlen. Die Besitzer der Leitergerüste haben sich verpflichtet, für die der Vereinigung nicht angehörige Arbeiter (selbständige oder Gesellen) Gerüste nicht zu stellen. Sollte ein Hauswirt oder ein sonstiger Auftraggeber das Gerüst bestellt haben, um einen nicht der Vereinigung angehörenden Arbeiter darauf anstricharbeiten vornehmen zu lassen, ist das Gerüst sofort abzubauen. Auch verpflichten sich die Gerüstbesitzer, bei eigenen vom Gerüst ausgeführten Arbeiten sowie bei Angeboten mit oder ohne Konkurrenz ebenfalls 25 Btg. pro Quadrat-

meter Streichfläche für das Gerüst zu berechnen. Der Vertrag gilt vorläufig bis 31. März 1916.

Wenn auswärtige Meister in Flensburg konkurrieren, soll den einheimischen gestattet werden, unter die festgelegten Sätze herunterzugehen, mit andern Worten, zur Abwechslung Schmutzkonkurrenz zu treiben, um die auswärtige Konkurrenz noch zu unterbieten. Andererseits sollen Flensburger Meister an andern Orten durch niedrigere Preise ihren dort ansässigen Kollegen Konkurrenz machen können. — Also sollen von Flensburg auswärtige Arbeitgeber gewaltsam ferngehalten werden, die Flensburger Meister arbeiten aber darauf hin, an andern Orten Arbeiten durch Schmutzkonkurrenz zu erhalten; allerlei Achtung vor solchen Kollegialitätsprinzipien und vor solcher Moral mit doppeltem Boden.

Wer unter den festgesetzten Preisen — in Flensburg — Arbeiten ausführt, zahlt eine hohe Konventionstrafe. Zu deren Sicherung muß jedes Mitglied einen Scheck in Höhe von 200.— Mk. unterzeichnen. (1)

Wir haben gewiß nichts dagegen, wenn die Unternehmer versuchen, zu vernünftigen Preisen für ihre Arbeiten zu gelangen. Wir nehmen es ihnen persönlich nicht einmal übel, wenn sie das mit Mitteln tun, die dem bei den Gesellsen sonst so bekämpften Terrorismus ganz verteuert ähnlich sehen. Ablehnen müssen wir es aber, wenn man dabei unsere Kollegen mit anspannen will, noch dazu, wenn die Unternehmer den § 10 des Reichstarifvertrages einfach beiseite schieben und die aus dem ganzen Vorgehen entstehenden Konsequenzen — Uebernahme und entziehender Kosten — ablehnen. In einer Sitzung der Vertreter des Flensburger Ortsrates am 4. Oktober verlangten nach uns geworbenen Informationen die Arbeitgeber sogar, die Gesellsen sollten einen Leistungstarif anerkennen, der von den Unternehmern selbständig aufgestellt wurde. Ferner sollten sie einseitig festgesetzte Mindestpreise anerkennen und sie bei Anwendung des § 10 des Reichstarifvertrages, bei Berechnung der Selbstkosten zugrunde legen, obwohl es doch nur Selbstkostenpreise und deren Ermittlung von Fall zu Fall und eine Gegenleistung nach Vereinbarung beider Parteien geben kann. Außerdem gab man bekannt, daß Sperren nur bei Unterangeboten durch auswärtige Firmen verhängt werden sollten, lehnte es aber gleichzeitig ab, irgendwelche Kosten, die durch Sperren entstehen, mit zu übernehmen. — Die Festlegung eines tatsächlichen Leistungstarifes wurde von den Arbeitgebern mit dem interessanten Bemerkung bekämpft, dazu liege kein Bedürfnis vor (12) und es dürste auch schwer sein, das richtige zu treffen, weil die Arbeiten zu verschieden wären. — Das erklärten die gleichen Arbeitgeber, die für die verschiedenen Arbeiten im vornherein ein für allemal Mindestpreise festlegen und durch Strafen unter Zuhilfenahme von Scheckwechslern den Arbeitgebern aufzwingen wollen.

Unse Kollegen haben es gefühlt auf den Reichstarifvertrag, natürlich abgelehnt, den Flensburger Unternehmern eine Extravaganz etwa für die auch von ihnen mit durchgeführte Aussperrung zu gewähren und ihre Sonderinteressen zu fördern, und zwar mit so guten Gründen, daß selbst die Arbeitgeber sie für vollständig berechtigt anerkannt haben: sie haben sich sogar für die gewordene Aufklärung bedankt. Es konnte am Schluß der Sitzung auch beiderseitiges Einverständnis festgestellt werden, daß künftig bei Feststellung über

Die Deutsche Bucherei in Leipzig.

Von Dr. Gustav Wähl, Direktor der Deutschen Bucherei.

Später als andern Kulturnationen wird dem deutschen Volk, dem die Welt die Erfindung der Buchdruckerkunst dankt, eine Zentralstelle für das nationale Schrifttum zuteil. Damit wird aber nicht neben den bestehenden älteren Bibliotheken mit ihren die Gesamtheit der nationalen Literatur bis zur Gegenwart umfassenden Bücherbeständen eine neue gleicher Richtung geschaffen. Die Deutsche Bucherei des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, zu der am 19. Oktober 1913 in Gegenwart des Königs von Sachsen der Grundstein gelegt worden ist, sammelt nicht, wie jene, mit Ausnahmestücken vollständig; sie setzt als Beginn ihrer Sammlertätigkeit den 1. Januar 1913 fest, während jene bereits auf die ältere Literatur zurückgreifen, als es die Pflicht gebietet und der Wert der Bücher verlangt; sie hebt ihre Bestände endlich nur in ihrem eigenen Hause zur Verfügung bereit, als eine Präsenzbibliothek großen Stils in Deutschland. Durch Generatoren hindurch war in Deutschland der Wunsch nach einem solchen Mittel- und Sammelplatz des deutschen Schrifttums lebendig, aber alle Versuche, eine „National-“ oder „Reichsbibliothek“ zu schaffen, scheiterten, weil bei der unzureichenden Zahl des Deutschen Reiches und der von der Reichsregierung bewiesenen Unfähigkeit, die Unterhaltung von Bibliotheken Aufgabe der Einzelstaaten zu überlassen. ... Erst dem einmütigen Beschlusse des sächsischen Landtages, der Stadt Leipzig und des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler in Leipzig war es gelungen, diese Zentralstelle als „Deutsche Bucherei“ in Leipzig mit ihrer reichhaltigen Präsenzbibliothek zu schaffen. Am 3. Oktober 1912 wurde von dem sächsischen Landtage, der Stadtgemeinde Leipzig und dem Börsenverein ein Vertrag über die Errichtung der Deutschen Bucherei abgeschlossen, der fast ausschließlich die Organisation der sächsischen Zentralstelle regelt.

Die Deutsche Bucherei hat drei Hauptaufgaben: als 1. eine nationale Bibliothek und als 2. eine nationale Buchhandelsstelle für die deutsche Literatur und als 3. eine nationale Druckerei für die deutsche Literatur. Die Deutsche Bucherei ist eine Zentralstelle für das nationale Schrifttum, die die Gesamtheit der nationalen Literatur bis zur Gegenwart umfaßt. Sie sammelt nicht, wie jene, mit Ausnahmestücken vollständig; sie setzt als Beginn ihrer Sammlertätigkeit den 1. Januar 1913 fest, während jene bereits auf die ältere Literatur zurückgreifen, als es die Pflicht gebietet und der Wert der Bücher verlangt; sie hebt ihre Bestände endlich nur in ihrem eigenen Hause zur Verfügung bereit, als eine Präsenzbibliothek großen Stils in Deutschland. Durch Generatoren hindurch war in Deutschland der Wunsch nach einem solchen Mittel- und Sammelplatz des deutschen Schrifttums lebendig, aber alle Versuche, eine „National-“ oder „Reichsbibliothek“ zu schaffen, scheiterten, weil bei der unzureichenden Zahl des Deutschen Reiches und der von der Reichsregierung bewiesenen Unfähigkeit, die Unterhaltung von Bibliotheken Aufgabe der Einzelstaaten zu überlassen. ... Erst dem einmütigen Beschlusse des sächsischen Landtages, der Stadt Leipzig und des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler in Leipzig war es gelungen, diese Zentralstelle als „Deutsche Bucherei“ in Leipzig mit ihrer reichhaltigen Präsenzbibliothek zu schaffen. Am 3. Oktober 1912 wurde von dem sächsischen Landtage, der Stadtgemeinde Leipzig und dem Börsenverein ein Vertrag über die Errichtung der Deutschen Bucherei abgeschlossen, der fast ausschließlich die Organisation der sächsischen Zentralstelle regelt.

deutschen Buchhandels, die amtlichen Veröffentlichungen der Behörden Deutschlands, Oesterreichs, der Schweiz und endlich die große Fülle der Privatdrucke, die am leichtesten dem Untergang geweiht sind. Für die Aufbewahrung der Musikalien ist durch die der königlichen Bibliothek in Berlin angegliederte Deutsche Musiksammlung bereits gesorgt; die Einbeziehung der politischen Zeitungen in das Sammelgebiet der Deutschen Bucherei mußte aus Rücksicht auf den dadurch bedingten ungeheuren Raumanspruch unterbleiben, so wichtig auch nach der übereinstimmenden Meinung aller Sachkenner gerade eine solche Sammlung wäre. Es besteht indes die sichere Aussicht, daß eine planmäßige Lösung dieser Frage unter der Führung des Preussischen Staates vorgenommen wird.

Der deutsche Verlagsbuchhandel schafft sich in der Deutschen Bucherei ein lückenloses Archiv seiner Veröffentlichungen vom 1. Januar 1913 ab, ein Archiv, das den denkbar größten Schutz gegen Feuergefahr bietet und nach den vorgesehenen Bestimmungen den beteiligten Firmen ihre Werke auf Wunsch leihweise ins Haus sendet. Unter denselben Bedingungen werden auch die früheren Verlagsortitel entgegengenommen und vor Schaden und Vernichtung bewahrt. In den Zugangslisten der Deutschen Bucherei entsteht ein vollständiger, stets ergänzter Katalog des deutschen Verlags, der den Umfang der Jahresproduktion eines Landes nach der Zahl und Art der Werke wie nach der Summe der Preise bequem übersehen läßt. Aber auch für diejenigen Druckwerke, welche nicht durch den Buchhandel gehen, gestalten die Sammlungen der Deutschen Bucherei sichere Unterlagen und Verzeichnisse zu schaffen. Das gilt insbesondere von zahlreichen Zeitschriften, die nur einem bestimmten Personkreise zugänglich werden und großenteils auf keiner öffentlichen Bibliothek bisher gesammelt wurden, auch der bibliographischen Verzeichnung entgegen zu kommen; 3. A. Zeitschriften von Sammlervereinen, von Organisationen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Berufsständen usw.

Alle diese Bestände den Interessierten jederzeit zur unentgeltlichen Benutzung in den Lesesälen bereit zu halten, ist eine weitere Hauptaufgabe der Deutschen Bucherei, die damit als Bibliothek in den Kreis ihrer älteren Geschäfte tritt. Die beiden Lichtseiten einer Präsenzbibliothek sind für die Benutzer sehr wertvoll; so wird die Deutsche Bucherei ihren Besuchern ein reiches Arbeitscampus ermöglichen. Werke, die nicht in das Sammelgebiet der Deutschen Bucherei fallen, können für den Gelehrten aus andern Bibliotheken leihweise beschafft werden. Zahlreiche Veröffentlichungen fremder Sprachen werden in deutscher Uebersetzung zugänglich sein, die wertvollen Schätze unserer Nationalliteratur im engeren Sinne werden nicht fehlen, da immer neue Aus-

gaben erscheinen, die der Deutschen Bucherei zugeführt werden.

Alle Eingänge der Deutschen Bucherei zusammen werden das deutsche Schrifttum, gleichviel, ob es im Handel ist oder nicht, in seiner Vollständigkeit darstellen. Auf dieser Grundlage kann eine vollständige Bibliographie der deutschen Druckwerke Deutschlands und des Auslandes und der fremdsprachlichen Druckwerke Deutschlands gewährleistet werden, wie sie in diesem Umfang noch nicht besteht. Die oft erörterte Frage der Ruhbarmachung der bibliographischen Titelaufnahme für die Katalogisierungszwecke der Bibliotheken tritt durch die Begründung der Deutschen Bucherei in ein neues verheißungsvolles Stadium. Auch die bestehenden Fachbibliographien — Bibliographie der Naturwissenschaften, der Sozialwissenschaften, der Zeitschriftenliteratur usw. — dürfen der tätigen Förderung durch die Bestände der Deutschen Bucherei gewiß sein.

Der Rechtsform nach ist die Deutsche Bucherei eine Veranlassung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler, da die zur Errichtung und Verwaltung der Bucherei erforderlichen Mittel von Seiten des sächsischen Staates und der Stadtgemeinde Leipzig durch den oben erwähnten Vertrag zur Verfügung gestellt sind. In hochherzigem Entgegenkommen überweisen die Behörden des Reichs sowie diejenigen der deutschen Staaten ihre amtlichen Druckfachen, zahlreiche Körperschaften, Gesellschaften, Vereine haben sich dem angegeschlossen. Das deutschsprachige Publikum steht nicht zurück. In großartiger Liberalität, die sich der Bedeutung der Deutschen Bucherei für den Buchhandel und das ganze geistige Leben des deutschen Volkes bewußt ist, haben über 2000 deutsche, österreichische und Schweizer Verleger sich zur Stiftung ihrer Verlagsproduktion bereit erklärt, außerdem ebensoviel Verleger von Zeitschriften sind in gleicher Opferwilligkeit ihrem Beispiel gefolgt und mehrere tausend deutscher Buchdruckereien haben der Deutschen Bucherei ihre wertvolle Unterstützung bei der Erlangung der Privatdrucke freudig und voller Interesse zugesagt. Die in der Satzung der Deutschen Bucherei vorgesehenen Verwaltungsorgane sind die folgenden: der Geschäftsführende Ausschuss, aus acht Mitgliedern bestehend, der Verwaltungsrat, bestehend aus 31 Mitgliedern, die Hauptversammlung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler. Der von modernem Geist erfüllte Gehalt des deutschen Zusammenwirkens von Behörde und freier Berufsorganisation, der sich bereits bei der Begründung der Deutschen Bucherei bewährt hat, war auch für die Zusammenfassung der beiden erstgenannten Verwaltungsorgane der Deutschen Bucherei maßgebend; in ihnen sind zu gemeinsamer Arbeit vereinigt die Vertreter der königlich sächsischen Staatsregierung, der sächsischen Städteverwaltung, der Stadtgemeinde

Schmutzkonkurrenz Berechnungen von Fall zu Fall vorzunehmen seien und daß die Preisberechnungen der „Freien Vereinigung“ keinen Anspruch haben als Mindestpreisstarke zu gelten.

Das Korsett, auf den Reichs-Tarifvertrag gestützt und von den Flensburger Arbeitgebern ausdrücklich anerkannt Verhalten unserer dortigen Kollegen war der Redaktion der „Allgem. M.-Ztg.“ offenbar peinlich, denn sie, die sich immer so eifrig und — wie festgestellt werden muß — mit ziemlichem Erfolg bemüht, das tarifliche Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Gehilfen zu fördern, schreibt dazu in der ihr eigenen häuslichen Weise:

Ein Versuch, die Flensburger Gehilfenschaft zur Unterstützung der Meister im Falle einer auswärtigen Konkurrenz zu gewinnen, scheiterte daran, daß die Gehilfen unter Führung des Herrn Duch aus Hamburg noch eine Extrawurst gebraten haben wollten. Nun, es wird auch ohne die Gehilfen gehen, die doch nie ohne Sonderinteressen zur Stelle sein werden, wenn es gilt, die wirtschaftliche Lage unseres Gewerbes zu heben.

Wer in diesem Falle eine Extrawurst gebraten haben wollte und wer mit Sonderinteressen zur Stelle war, wird außer der Redaktion der „Allg. M.-Ztg.“ sicher jedermann erkennen. Wir registrieren darum den Fall nicht nur allein als einen Beitrag zu dem Kapitel: Kampf gegen die Schmutzkonkurrenz, sondern auch um festzustellen, wie von gewissen Stellen Stimmungsmache getrieben, die einfachsten Vorgänge in das Geometrisch umgewandelt und Handlungen aufgebläht werden, die die Arbeitgeber an einem Orte künstlich von der Außenwelt absperrten, es ihnen aber ernaunlichen, dem Gewerbe in andern Orten durch willkürliche Unterbietungen den größten Schaden zuzufügen.

Arbeitsmarkt im Baugewerbe.

Der Monat Oktober brachte eine abermalige Verschlechterung des Arbeitsmarktes im Baugewerbe, die in seinem normalen Verhältnis zu der in den Herbstmonaten üblichen Verminderung der Nachfrage nach Bauarbeitern steht. Es bleibt somit nur Raum für die Annahme, daß den vereinzelt auftauchenden Nachrichten von einer Belebung der Bauaktivität nicht mehr als partielle Bedeutung zugeschrieben werden darf. Denn nur eine allgemeine Depression im Baugeschäft ist vereinbar mit der Tatsache, daß im Monat Oktober auf je 100 offene Stellen für Bauarbeiter sich durchschnittlich 228,28 Arbeitsuchende meldeten. Eine so hohe Andrangsziffer ist auch in den entsprechenden Monaten der Vorjahre mit ausgenommen ungünstiger Konjunktur nicht in Erscheinung getreten. Auf je 100 offene Stellen kamen durchschnittlich Arbeitsuchende:

Table with 7 columns (1907-1913) and 12 rows (Januar-Dezember) showing unemployment statistics for construction workers.

Leipzig und Buchhändler aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz. Hinzu trat eine Zahl hervorragender bibliographischer Fachmänner aus dem Bundesstaaten Sachsen, Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, sowie aus Oesterreich, die eine enge Verbindung der Deutschen Bucherei mit den deutschen Regierungen darstellen.

Den Vorsitz in beiden Körperschaften führt der jeweilige Erste Vorsteher des Vörsenvereins oder sein Stellvertreter, zurzeit Herr Geheimrat Hofrat Karl Siegmund (Berlin), der sich um das endliche Gelingen des großen Plans die größten Verdienste erworben hat. In zahlreichen Sitzungen hat der Geschäftsführende Ausschuss die Organisation der Deutschen Bucherei beraten und aufgebaut: er hat die Entwürfe der Grundzüge für die Umgrenzung des Sammelgebietes sowie für die Katalogisierung der Bücherbestände festgelegt, die von dem Verwaltungsrat genehmigt worden sind; er hat das Bauprogramm für die zu errichtenden Verwaltungs- und Magazin Gebäude in Gemeinschaft mit dem Baumeister der Deutschen Bucherei, Herrn Geheimen Rat Dr.-Ing. Walbow (Dresden) aufgestellt und die Baupläne auf das reiflichste erwogen; er hat die Anstellungsbedingungen der Beamten der Deutschen Bucherei festgelegt und die zunächst angestellten Beamten aus der Zahl der Bewerber ausgewählt.

Der für die Deutsche Bucherei von der Stadtgemeinde Leipzig zur Verfügung gestellte Bauplatz, der 12.587 Quadratmeter groß ist, befindet sich im Südosten an der Karl Siegmund-Straße in der Nähe des Völkerschlachtdenkmal, nicht weit vom Deutschen Buchhändlerhaus entfernt. Er grenzt auf der einen Seite an die kgl. Sachs. Laubstummelanstalt, auf der Rückseite an den Johannisriedhof, so daß für eine spätere Erweiterung der Gebäude Raum vorhanden ist. Die Baukosten, die im ganzen auf drei Millionen Mark veranschlagt sind, werden vom Sächsischen Staat getragen. Zunächst werden jedoch nur das Verwaltungsgebäude und ein den großen Lesesaal enthaltender Mitteltrakt gebaut. Es werden hier Magazinräume für 500.000 Bände geschaffen; nach Fertigstellung des ganzen Gebäudes wird die Deutsche Bucherei fünf Millionen Bände aufnehmen können. Die Pläne sind in engstem Einvernehmen mit den bibliographischen Fachleuten bearbeitet worden; überall ist in der Verteilung der Räume wie in der Ausgestaltung der Fassade auf die zukünftige Zweckbestimmung des Hauses die weitest mögliche Rücksicht genommen worden. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Deutsche Bucherei nicht nur ein monumentales, dem im Entstehen begriffenen Stadtteil zur Zierde gereichendes, sondern auch wirklich praktisches und zweckmäßiges Heim erhalten wird.

Von der Ungunst der Arbeitsmarktlage wurden am schwersten die Maurer, Puger, Stukkateure und die Zimmerer besonders empfindlich getroffen. Relativ günstig waren die Arbeitsmarktsverhältnisse noch bei den Malern und Erdbarbeitern. Für die einzelnen Berufsgruppen ergaben sich nämlich folgende Andrangsziffern:

Table with 4 columns (1912 Sept/Okt, 1913 Sept/Okt) and 7 rows (Maurer, Zimmerer, Maler, Glaser, etc.) showing unemployment statistics for various trades.

Am Arbeitsmarkt der Maurer, Puger und Stukkateure kamen in den preussischen Provinzen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende:

Table with 4 columns (1912 Sept/Okt, 1913 Sept/Okt) and 10 rows (Ost- und Westpreußen, Brandenburg mit Berlin, etc.) showing unemployment statistics for masons and related trades.

In den außerpreussischen Landesteilen wird die Arbeitsmarktlage durch folgende Andrangsziffern gekennzeichnet:

Table with 4 columns (1912 Sept/Okt, 1913 Sept/Okt) and 10 rows (Bayern, Königreich Sachsen, Württemberg, etc.) showing unemployment statistics for various regions.

Ein Rückgang des Andranges von September auf Oktober ist nur in den Provinzen Pommern, Schlesien und Hannover sowie im Königreich Sachsen eingetreten, während die Andrangsziffer in der Provinz Westfalen sich innerhalb der bezeichneten Monate stabil gehalten hat. Das sind jedenfalls Symptome, die auf eine allmähliche Besserung in einzelnen Gebieten hindeuten, ohne daß deshalb die Gesamtlage im wesentlichen günstig beeinflusst werden könnte. Am Arbeitsmarkt der Zimmerer und Treppenschneider erfolgte eine Zunahme des Andranges im Vergleich zum Vorjahre in folgenden Landesteilen:

Table with 4 columns (1912 Sept/Okt, 1913 Sept/Okt) and 14 rows (Ost- und Westpreußen, Brandenburg mit Berlin, etc.) showing unemployment statistics for carpenters and stair builders.

In nachstehenden Bezirken zeigte sich eine Senkung der Andrangsziffer. Auf je 100 offene Stellen kamen durchschnittlich Arbeitsuchende:

Table with 4 columns (1912 Sept/Okt, 1913 Sept/Okt) and 5 rows (Pommern, Schlesien, Hamburg, etc.) showing unemployment statistics for specific regions.

Nicht ganz so ungünstig gestaltete sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei den Malern, Anstreichern und Lackierern. Auch hier war in den meisten Landesteilen ein Anwachsen des Andranges festzustellen. Dies geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Table with 4 columns (1912 Sept/Okt, 1913 Sept/Okt) and 10 rows (Pommern, Schlesien, Hamburg, etc.) showing unemployment statistics for painters and decorators.

Dagegen haben sich aber auch die Arbeitsmarktsverhältnisse in einer Reihe von Bezirken im Verhältnis zum Vorjahre nicht unerheblich gebessert. In folgenden Gebieten entwickelte sich der Andrang günstiger als im Vorjahre:

Table with 4 columns (1912 Sept/Okt, 1913 Sept/Okt) and 7 rows (Ost- und Westpreußen, Brandenburg mit Berlin, etc.) showing unemployment statistics for various regions.

Eine Kulturschande.

Die Hochkonjunktur, die seit einigen Jahren das Wirtschaftsleben beherrschte, ist vorüber. Aus allen Staaten der Welt, in denen kapitalistisch gewirtschaftet wird, kommen Nachrichten über den Niedergang an Aufträgen. Die Produktion muß eingeschränkt werden; der Wirtschaftsmarkt stagniert. Alles, was mit der Produktion zusammenhängt, stockt: Handel und Verkehr; die Herstellung von Gebäuden wird eingeschränkt. Eine allgemeine Störung im Geldverkehr macht sich bemerkbar, man sagt: das Geld ist teuer.

Beim Beginn einer Krise kann auch der einfache Arbeiter die Beobachtung machen, welche gewaltige Macht die Börsen der Industrie und des Handels darstellen. Sowie die interessierten Kreise merken, der Warenmarkt ist mit Produkten genügend versehen, die Warenlager sind gefüllt, dann stellen sie den Geldverkehr ein und geben keinerlei Kapitalien her. Alle Außenstände werden eingezogen, dadurch werden aber viele kleine Geschäftsleute wirtschaftlich ruiniert. Was fragt das Kapital danach, es hat die Macht und bestimmt über das, was bestehen und vergehen soll. Die Tendenz der heutigen Entwicklung geht ja dahin, die Herrschaft des Großbetriebs über den Kleinbetrieb zu vollenden. Die Inhaber von Kleinbetrieben sind heute schließlich nicht mehr als gebildet. Infolge der technischen Erfolge unserer Zeit ist der Kleinbetrieb sowieso dem Untergang geweiht. Die Entwicklung zeigt die Tendenz, nach Konzentration auf allen Gebieten menschlichen Schaffens und Strebens. Das kann aber nur durch den Großbetrieb geschehen, weil die Kosten der Betriebseinrichtungen zu hoch sind und auch die Rentabilität in Frage steht, solange der Kleinbetrieb herrscht. Wenn das Bürgertum also der Klassenbewußten Arbeiterschaft den Vorwurf der Vernichtung des handwerklichen Mittelstandes macht, dann schwindelt es aus Prinzip. Diese durch Auflösung der Kleinbetriebe brotlos gewordenen Menschen müssen wohl oder übel in den Dienst der Kapitalisten treten. Ob sie nun als Zwischenmeister oder Aufseher im Betriebe selbst tätig sind, bleibt sich gleich; sie stehen im Solde des Kapitals, helfen auf alle Fälle mit, Waren herzustellen, zu transportieren oder vorziehen sonstige Arbeitsleistungen. Aus dem ehemals auf eigene Rechnung tätigen Arbeiter ist somit ein Proletarier geworden, d. h. beschlos an Arbeitsmitteln, lediglich Verkäufer seiner Ware Arbeitskraft.

Diese von ihrem Eigentum losgelassenen Individuen mehrten sich von Tag zu Tag; der Gang der Entwicklung will es so. Solange die ehemaligen Produzenten und Händler noch in ihrem kleinbürgerlichen Standesbündel befangen sind und sich willig ausbeuten lassen, sind sie ein großes Hindernis für die Arbeiterklasse in ihrem Streben nach Verbesserung ihrer Lebenslage. Je länger diese Elemente aber in dem Joch eines Lohnslaven schafften müssen, desto mehr empfinden sie, daß auch sie nur Ausbeutungsbjekte sind. Diese Erkenntnis kommt meist sehr bald. Die Abhängigkeit des Lohnarbeiters ist nun einmal durch das ganze Wirtschaftssystem bedingt, es liegt im Wesen des Kapitalismus begründet.

Welcher denkende Arbeiter kann darum wohl noch von einer Versöhnung zwischen Kapitalist und Arbeiter sprechen? Der Gedanke allein ist schon absurd genug, wieviel mehr noch muß die Hoffnung vergebens sein. Jeder Tag muß den Arbeiter lehren, daß er nur Ausbeutungsbjekt ist in Staat und Gesellschaft. In demselben Augenblick, wo er seine Arbeitskraft einbüßt, ist auch seine Berechtigung dahin, an den Lebensgenüssen teilzunehmen zu dürfen; er sinkt zum Almosenempfänger herab. Unheimlich viele Opfer erfordert die wahnsinnige Hast in der Arbeitsweise; das Fagen und Hasten macht die Menschheit frühzeitig nervös, zerrüttet Geist und Körper. Alles, was zum Segen der Menschheit erfunden wird, um die Arbeit zu erleichtern, das Leben angenehmer zu gestalten, kommt einzelnen Personen zugute und Millionen von Menschen müssen darunter leiden.

Auch die periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen sind das Produkt der herrschenden Wirtschaftsweise. Wohl haben sich die Unternehmer zu Preiskartellen verbündet, um sich gegenseitig keine Konkurrenz zu machen; in der Produktion wie auch im Vertrieb der fertigen Waren hat der einzelne Besitzer wenig zu sagen. Die Vereinigung bestimmt, wohin und wieviel geliefert und produziert werden darf; aber an eine Regelung des Betriebes auf dem gesamten Wirtschaftsmarkt und an eine Herstellung und Erhaltung der Kaufkraft der Arbeiter denkt niemand. Darunter würde auch der Profit leiden; auf der Profitwirtschaft basiert aber das ganze System. Darum ist es auch verständlich, wenn diejenigen, die ein Interesse an der Erhaltung des Bestehenden haben, alle diejenigen hassen, die für die Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Klassen eintreten. Hat schon die Kranken- und Invalidenversicherung das Mißfallen des Bürgertums erregt, so wehren sich sämtliche bürgerliche Vertreter gegen die Einführung einer Unterstützung zur Linderung der Folgen durch Arbeitslosigkeit, wie uns wieder erneut die Verhandlungen im Reichstage über dies Kapitel in der ersten Dezemberwoche gezeigt haben. Die Arbeitslosigkeit ist das Merkmal der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Sie ist die notwendige Folgeerscheinung der wahnsinnigen Wirtschaftsweise, die nur dem ein Recht auf Teilnahme am Lebensgenuss zugesieht, der durch Geburt oder sonstigen Zufall zu den Reichen gehört.

Es wäre infolge der fortgeschrittenen technischen Hilfsmittel sehr gut möglich, daß all das Menschenunwürdige, wie Nahrungsnot, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Krankheit auf ein ganz geringes Maß beschränkt bliebe. Eine planmäßige Organisation aller zum Lebensunterhalt nötigen Mittel würde die Ordnung aufstaut der jetzigen Anarchie ermöglichen. Auch

die Naturprodukte würden genügen, wenn die Gesellschaft darauf bedacht wäre, der Gesamtheit zu dienen. Bei gerechter Wirtschaftsweise würde es auch nicht mehr eine solche Menge unglücklicher Menschen geben, die dem Verbrechen anheimfallen. Es steht unzweifelhaft fest, daß die meisten Vergehen gegen die Reichs- und Moralgesetze ihren Ursprung in den durchaus unzureichenden sozialen Zuständen haben. Das Geld und die Zeit, die nötig sind, um Gefängnisse zu bauen, um Prozesse zu führen, große Heere von Staatsbeamten zu besolden, könnten produktiver zu Kulturzwecken verwendet werden. Würde ein Wirtschaftssystem geschaffen, was dem Interesse der Allgemeinheit dient und im Vordergrund nicht stets die Frage nach dem Profit stände, dann wären Vergehen gegen das Eigentum oder aus Nahrungs-mangel ein Un Ding. Die bestehenden sozialen Zustände erzeugen die Verbrecher und beklagen sich zugleich über die zunehmende Verrohung der Menschheit. Als Widerspruch muß es geradezu anmuten, daß dem Kinde gesagt wird, es müsse vor den bestehenden Gesetzen Achtung haben, da dieselben die Moral- und Sittenschaanungen schützen. Wo bleibt denn die Sittlichkeit und Moral, wenn schon das Kind unter den unsäglichen Nahrungs-sorgen leidet? Nicht Achtung kann ein denkender Mensch vor den Einrichtungen des Klassenstaates haben, nur das Bewußtsein, unterdrückt und entrechtet zu sein.

Dadurch werden nun all diese unwürdigen und kulturschädlichen Zustände im heutigen Leben erzeugt? Einzig dadurch, daß die Mittel, um Produkte herzustellen, einzelnen Personen gehören. Das Privateigentum macht den Besitzer zum Beherrscher der Menschheit. Dadurch ist es auch erklärlich, daß die Herstellung von Waren in bezug auf Qualität und Quantität nicht von den Bedürfnissen der Allgemeinheit abhängt, sondern lediglich eine Frage des Profits ist. Aus allem, was die Menschen zum Lebensunterhalt und -genuss gebrauchen, wird ein Geschäft gemacht. Produzenten und Verkäufer beherrschen das gesamte Gesellschaftsleben. Braucht der Staat Eisenbahnen, Kasernen, Kleidung für Soldaten und Beamte, Schiffe oder sonstigen Kram, dann tritt er an die Privatunternehmer heran. Welche unläuterer Manipulationen dadurch schon zutage getreten sind, berichtet die Presse täglich. Dieser unlautere Wettbewerb liegt im Wesen der heutigen Gesellschaftsweise begründet; wir haben keinen Grund, uns moralisch zu entsetzen oder uns über die Verderbtheit der bürgerlichen Gesellschaft zu entsetzen. Es ist nur ein heimes Mühsal, das in die verborgenen Stübchen der bürgerlichen „Ordnung“ hineingeht.

Das Privateigentum ist nun einmal zum Fluche für die gesamte Menschheit geworden. Je mehr sich die Kultur nach vorwärts entwickelt, je mehr die Menschen zu Herren der rohen Naturgewalten geworden sind und je mehr die Menschheit daher geistig vorwärts schreitet, um so gewaltiger muß dieser Fluch auf allen denen lasten, die unterdrückt und ausgebeutet werden, nämlich den Arbeitern. Die Christus wird immer unfröhlicher, ein unheimlicher Druck lastet auf allen, die gezwungen sind, im Dienste des Kapitals zu stehen. Nicht allein, daß der Lohn niedrig genug ist, um knapp das Leben zu erhalten, um Nahrung, Kleidungsmitel und Wohnung zu beschaffen, das Damoclesschwert der Arbeitslosigkeit schwebt über jeden Arbeiter und seiner Familie. Infolge der fortwährenden neuen Erfindungen und Verbesserungen der Maschinen werden sehr viel Arbeitskräfte überflüssig; diese gehören dann zur Reservearmee. Dem Unternehmertum kann dies nur recht sein, es drückt damit die Lebenshaltung der übrigen Arbeiter noch mehr herab und verhindert die Steigerung der Arbeitslöhne. Das ist in Zeiten normalen Wirtschaftsganges schon der Fall, zur Zeit einer Wirtschaftskrise wird die Reservearmee so groß, daß ihre Wirkungen auf das Gesellschaftsleben geradezu zu Katastrophen führen.

Es hat gewiß auch in früheren Zeiten schon Not und Elend gegeben, doch diese Not wurde in seltenen Fällen zu Massenepidemien wie heute. Reizt waren Krieger aus dem Kampf. Unsere Gesellschaft im Zeitalter der Kultur kennt solche Krieger nicht mehr. Damals waren die Ursachen natürlicher Art; heute sind die Ursachen künstlich herbeigeführt, eben weil die Kulturfortschritte des letzten Jahrhunderts den Menschen die Möglichkeit geben, Krieger und sonstige Mißgeschick zu mildern, ja die Folgen zu beheben. Was der eine Staat nicht hervorbringt, hat der andre in Höhe und Güte. Die Verkehrsmittel sind da, also auch die Möglichkeit, eventuelle Not zu beheben. Aber da drückt wiederum das Profitinteresse das entsetzliche Wort. Sicherlich der Fluch des Privateigentums. Wohin wir sehen und wem wir begegnen, überall grinst uns frech das Reichthum nach persönlichem Vorteil an.

Die Ursachen der Massenarbeitslosigkeit liegen also im Wirtschaftssystem begründet, sie ist eine notwendige Folge desselben, darum auch nicht zu beseitigen, ohne das Grundgesetz anzutasten. So wie es dem Unternehmer eines Betriebes nicht mehr profitabel erscheint, Produkte herzustellen, stellt er seinen Betrieb ein oder beschneidet seine Arbeiterzahl auf das möglichste. Die Arbeiter werden entlassen und die übrigen schaffen bei verzögerter Arbeitszeit und entsprechend weniger Verdienst weiter. Ganz unabhängig muß der Unternehmer vorgehen; für ihn heißt es nicht, arbeiten, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Profit herauszukriechen. Ist kein Arbeitsgebiet mehr vorhanden, dann ist es mit der Produktion des Betriebes vorbei. Rücksicht auf die Arbeiter nehmen, heißt für ihn Vernichtung seiner eigenen Existenz. Die Sorge um die Konkurrenzfähigkeit steht vor allen Dingen dabei im Vordergrund. Die entlassenen Arbeiter mögen sehen, wo sie ihren Lebensunterhalt verdienen. Rücksichtslos springt das Unternehmertum mit dem System seiner wahllosen Produktionsmethode um. Solange das dadurch hervorgerufene Elend nicht solche Grenzen annimmt, daß eine öffentliche Gefahr entsteht, kümmert sich niemand um das Schicksal der Arbeiter. Maßnahmen, um die Not zu lindern, werden selten und dann äußerst unzureichend ergriffen. Gegen die Einführung einer massenhaften Arbeitslosenversicherung traut sich das Unternehmertum nicht. Es heißt, daß die Belastung mit Beiträgen zu hoch werden, und das Bürgertum und die Staatsregierungen aus Furcht, die Verantwortlichkeit der Arbeiter würde dadurch aufgehoben. Daß die Armenkassen der Gemeinden sehr hart in Anspruch genommen werden, daß Krankenkassen und Arbeitslosenstellen, ob-

schonloschle und sonstige milde Stiftungen für „Arme“ sehr belastet werden, scheint den bürgerlichen Herrschaften nicht so schlimm. Die Krankenkassen und Invalidenversicherungen bleiben auch nicht verschont. Leidet der Arbeiter sonst schon an Unterernährung, dann bricht er bei längerer Arbeits- und Verdienstlosigkeit gesundheitlich vollends zusammen.

Selbst die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung würde erstmalig nur ein Palliativ-mittel sein, vielleicht ähnlich der Invalidenversicherung, gerade so hoch, um die äußerste Not fernzuhalten. Es ist ja nur die verdamnte Pflicht der Gesellschaft, auch die Wunden zu heilen, die sie schlägt. Von christlicher Nächstenliebe lassen sie ihre Schritte in der Kirche predigen. Wo dies nicht mehr zieht, gebraucht man rigorosere Mittel, um die Armut in Schach zu halten. Wozu gibt es denn Polizei und Militär? Doch nur zur Verteidigung der Vorrechte des Besitzes.

In letzter Zeit haben wir, daß auf Anregung der Arbeitervertreter in den Parlamenten der Gemeinden und Staaten das Bürgertum gezwungen wird, sich mit der Durchführung einer Arbeitslosenversicherung zu befassen. Nur ganz widerwillig geschieht das. Meist nur, um nach außen hin der Form zu genügen, gibt das Präsidium der Versammlung der Abgeordneten die Anträge und Wünsche der Arbeitervertreter bekannt. Ebenso leicht wird dann die Frage behandelt bei der Debatte. Die Vertreter des Bürgertums sind eben zu reaktionär, sie glauben, der Sozialdemokratie damit einen Gefallen zu tun, wenn sie zustimmen, was Tatsache ist, daß die Arbeitslosigkeit da ist und daß sie zugleich beprimierend auf das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben einwirkt. Werden die bürgerlichen Herrschaften dann schließlich gezwungen, die Erscheinungen zuzugeben, dann schieben sie die Schuld auf das einzelne Individuum ab und lehnen jede Verantwortung für die Grundübel der Arbeitslosigkeit kurzweg ab. Als Gegenmaßregel empfehlen sie die Armenunterstützung. In Hamburg, Frankfurt a. M., Berlin, Braunschweig usw., überall leidet das Bürgertum die Einführung der Arbeitslosenversicherung rundweg ab. Eine Reihe von Unternehmertagungen stellte sich, wie hier bereits berichtet, auf den gleichen Standpunkt.

So sieht sich denn die Arbeiterklasse ringsum von Feinden umgeben, die einen steilen Druck ausüben können, da sie die Beherrscher des Wirtschaftsmarktes sind und auch zugleich Hauptmatadore im Gesellschaftskörper darstellen. Die Arbeiterklasse wird von Staat und Gesellschaft ausgebeutet; in jeder Hinsicht Stiefkinder derselben, kann sich die Arbeiterklasse nur selbst fördern, indem sie durch Zusammenschluß zur Macht wird. Die bürgerliche Gesellschaft verhindert die Arbeiter an der Entfaltung ihrer Kräfte und menschlichen Würde, sie sollen die Parasiten bleiben, zu denen man sie degradiert hat, da man mit Recht fürchtet, ein Selbstbewußtsein könne zu einem Widerstand gegen das Unrecht führen.

Um nicht im Elend umzukommen, haben sich die Arbeiter zusammengeschlossen, um ihre Lebenslage selbst zu verbessern. Der brutale Gewalt setzen sie ihre Organisationen entgegen, als das Zeichen des erwachten Selbstbewußtseins. Schritt für Schritt müssen alle Erfolge dem Unternehmertum abgerungen werden. Jeder Kampf fordert persönlichen Mut und Entschlossenheit. Durch die Opferwilligkeit der Arbeiter haben sich ihre Organisationen zu Machtfaktoren entwickelt. Unsere Ideale sind im Wesen der Menschlichkeit begründet. Was hat dagegen die herrschende Klasse an Idealen uns entgegenzustellen? Kein einziges, was auch nur einen Segen von Menschlichkeit und Berechtigung hätte. Die vollständige Entartung, die Jagd nach dem Profit sind die äußeren Merkmale ihrer Tätigkeit. Geführt auf das Jahrtausende alte Unrecht, auf das Prinzip „Gewalt geht vor Recht“, baut sich die Moral und das System des Kapitalismus auf. Die besitzende Klasse und ihre Helfershelfer haben sich zu Genüssen, zu rücksichtslosen Akturen entwickelt, die nur das eine Bestreben kennen, auf Kosten der Arbeiter ein flottes Leben zu führen. Demen ist alles gestattet, denn alles steht ja im Dienste des Kapitals. Das ist das Reckmal unserer Ausbeuter und Unterdrücker.

In demselben Augenblick, wo die Besitzer der Produktionsmittel abgelöst werden, ihr Eigentum in den Dienst des Gemeinwohl gestellt wird, sie als dienende Glieder sich dem Interesse der Gesamtheit unterordnen müssen, wird auch alles Elend, Arbeitslosigkeit, Verbrechen, Prostitution usw. abnehmen und mit der Zeit ganz verschwinden. Dann würde nur noch im Interesse der Gesamtheit produziert; ein jeder wäre verpflichtet, zu arbeiten, weil ihm das Nichtstun keinen Segen mehr bringen würde. Alle technischen Erzeugnisse würden dann verwandt, wozu sie dienen sollten, nämlich die Tätigkeit des Menschen zu erleichtern. Nur Kranke und sonstige Arbeitsunfähige wären von Arbeitsleistungen ausgeschlossen, für diese würde die Gesamtheit sorgen müssen. Heute ist es ja umgekehrt. Da müssen Krüppel für ferngehende Leute arbeiten, nur weil letztere heillos sind und letztere über Kapital und somit über Arbeits-löhne verfügen. Dieses Unrecht hörte auf und Elend und Segen würden gedeihen.

Wiederum sehen wir am Abschluß eines Jahres. Ist es nicht eine Kuriosität, daß im Jahrhundert industrieller Möglichkeiten, der Elektrizität, des Telegraphen und des Luftschiffes, joch grauenhaftes Elend bestehen kann, wie das heutige? Daß Filialen Krücken hängen müssen, weil alle Warenlager überfüllt sind? Wahrscheinlich ein Hoja auf die christliche Lehre, die dieselbe Gesellschaft verbreiten läßt. Milliarden sterben für ganzlich unnützliche Zwecke verwandt. Wir erinnern an die Willkürverurteilung, die Willkür der Fürsten, die unheimliche Summen verschlingen. Das Volk muß hungern und darben. Ein Teil von diesen Summen würde genügen, um Millionen mit Arbeits-lohnen zu lindern. Die Staatsregierungen haben dafür leider kein Verständnis; sie sind zu sehr in dem Rahne befangen, daß sie die Nachhader auf eine Zeit zurück schieben, bis eine staatliche Arbeitslosenversicherung zustande kommen. Die Verhältnisse bringen dieselbe mit sich und ein Entschluß wäre dann rascher. Ein kleiner Teil des Bürgertums ist von der Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung von Staats wegen schon heute überzeugt, weil er die Schäden der Arbeitslosigkeit am eigenen Leib empfindet. Die Konstante der Arbeiter soll ganz beträchtlich, wenn eine solche Versicherung

in Aussicht steht. Das ist vom Standpunkt des Volkswirtes aus ein ganz beträchtlicher Schaden für die Gesellschaft. Darum hat auch das Bürgertum ein indirektes Interesse an einer Linderung der Arbeitslosigkeit. Aus all den Gründen moralischer und wirtschaftlicher Art ist es geradezu eine zwingende Notwendigkeit geworden, Gegenmaßregeln gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit anzuwenden. Mag die herrschende Gesellschaft ihre Augen vor dem Massenelend verschließen, hinwegzuleugnen kann sie es nicht. An uns muß es aber liegen, daß aus dem Problem der staatlichen Arbeitslosenversicherung eine Versicherung wird, die den Ansprüchen, die man an eine solche stellt, auch gerecht werden kann. Unsere Vertreter müssen stets und ständig dem Bürgertum die Notwendigkeit staatlicher Arbeitslosenversicherungen beweisen, dann wird die Zeit nahe, wo wir dem Kulturbedürfnis Rechnung getragen haben.

Den Anfang zur Lösung der Frage haben die Gewerkschaften gemacht. Einzelne Kommunen haben sich der Notwendigkeit nicht verschließen können und sind auf Grund des Center Systems dazu übergegangen, die Schäden der Wirtschaftsweise zu heilen. Es ist und bleibt Fließwerk, solange nicht eine großzügige Anschauung auch über die Grundübel dem Krämergeist Platz macht.

Auch unser Verband konnte nicht länger abseits stehen bei diesem Problem; auch wir bekommen eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Alles bedarf seine Zeit, um aus den Anfängen zur Vollendung zu gelangen. So wird es auch uns mit diesem Zweige ergehen. Manchem Kollegen wird es schwer fallen, den erhöhten Beitrag zu zahlen, doch für eine große, segensreiche Sache müssen auch Opfer gebracht werden. Gerade unser Beruf hat unter der erschreckenden Arbeitslosigkeit zu leiden; darum ist es für uns um so notwendiger, Maßnahmen zu ergreifen, um zu lindern. Aller Anfang ist schwer. Wenn im Jahre 1915 die Entwicklung der staatlichen Arbeitslosenversicherung schon größeren Umfang zur Vollendung angenommen hat, dann werden wir doppelte Hilfe bekommen. Es muß alles schwer erkämpft und ertritten werden. Die Lösung der Misere der Arbeitslosigkeit im Gegenwartszustand ist eine Unmöglichkeit. Sie ist aus den Verhältnissen geboren und kann nur mit ihnen sterben. An uns liegt es, unsere Ideen auszubreiten und den Entschleunungskampf vorzubereiten. Hier Menschlichkeit, dort Kulturwidrigkeit! Sei unsere Lösung. Kämpfen wir darum für gleiches Recht zum Leben für alle Menschen!

Die P. P. S. und die Gewerkschaften.

Im „Dziennik Robotniczy“, dem Organ der P. P. S., ist die Behauptung aufgestellt worden, daß ich auf einer Konferenz, die am 24. Oktober d. J. in Katowitz tagte, im Namen der Generalkommission erklärt haben soll: die Gewerkschaftsfunktionäre sollten sich den Jenseitigen Beschüssen anpassen und in deren Sinne arbeiten. Wer das nicht tue, der stelle sich außerhalb des Organisationsrahmens und habe die eventuellen Konsequenzen zu erwarten.

Diese mir unterstellten Ausführungen werden vom Vorstand der P. P. S. zu einer Heise gegen die gewerkschaftlichen Zentralverbände und als Begründung für die Notwendigkeit der Gründung polnisch-sozialistischer Gewerkschaften benutzt.

Wie der Genosse Köppler in dem in Nr. 48 des „Corr.-Bl.“ vom 29. November veröffentlichten Artikel „Auf dem Wege zum Separatismus“ bereits bemerkt hat, ist es mir natürlich gar nicht eingefallen, Behauptungen der von der P. P. S. behaupteten Art zu machen; ich habe vielmehr das Gegenteil gesagt, nämlich:

„Daß der behauerliche Streit zwischen der P. P. S. und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Gewerkschaften eigentlich nichts angeht. Es bestehe aber die Gefahr, daß dieser Streit auch in die Gewerkschaften hineingetragen werde. Die Gewerkschaftsmitglieder seien eben zu einem erheblichen Teil auch Parteigenossen. Durch die von der P. P. S. beliebte persönliche Kampfmethode werde die Gefahr noch gesteigert. Würde aber der Haß und Stolz in die Gewerkschafts-versammlungen hineingetragen, so könne von einer er-prießlichen Tätigkeit der Gewerkschaften keine Rede sein. Die Gewerkschaftsfunktionäre sollten deshalb streng darauf achten, daß diese Streitigkeiten aus den Gewerkschaftsversammlungen ferngehalten würden. Mache es sich notwendig, Verdächtigungen gegen einzelne Gewerkschaftsmitglieder zu widerlegen, so solle dies mit möglichst kurzer Frist geschehen, im übrigen aber solle man sich darauf beschränken, gewerkschaftliche Aufklärung zu verbreiten und eine energische gewerkschaftliche Agitation zu betreiben.“

Ferner wies ich darauf hin, daß in unsern gewerkschaftlichen Zentralverbänden demokratische Disziplin geübt werden müsse, wenn die Gewerkschaften wirklich kampffähig sein wollten. Diejenigen Gewerkschaftler, die Parteigenossen seien, hätten also in erster Linie die Pflicht, Beschlüsse der Parteitage zu beachten.

Als dann einige Zeit später drei Mitglieder der P. P. S., die Angehörte des Bergarbeiterverbandes sind, ihren Austritt aus der P. P. S. mit einer ganz andern Begründung erklärten, stellte der „Dziennik Robotniczy“ die Behauptung auf, die drei Genossen seien durch Drohungen, die ich in jener Konferenz ausgesprochen habe, zum Austritt veranlaßt worden. Meines Aus-sührungen soll zu entnehmen gewesen sein: „Wollt ihr nicht arbeiten für die deutschen Wahlvereine, dann werfen wir euch aus euren Stellungen.“ Weiter: der Austritt und die Erklärungen seien geschehen unter dem „Druck auf den Magen“.

Am 3. November fragte der Vorstand der P. P. S. bei der Generalkommission an, welche Erklärung sie zu dem mir unterstellten Auspruch einnehme. Zu derselben Zeit, nämlich bereits am 3. November, brachte aber der „Dziennik Robotniczy“ einen Leitartikel, überschrieben: „Im Namen der Generalkommission“. In diesem Artikel wird es als feststehende Tatsache bezeichnet, daß ich in dem eingangs wiedererwähnten Sinne mich geäußert hätte und zum Schluß angeführt: „Wir stellen fest, daß die Genossen Rigmann, Czerwinski und Danisch die Konsequenzen auf Befehl des Genossen Bauer „im Namen der Generalkommission“ gezogen haben. Wir werden diese nach unserer Parteilage erst prüfen und deshalb bitten wir unsere Genossen, abzuwarten mit kaltem Blute und Ruhe die Erfolge — der politischen Propaganda der Funktionäre der Zentralverbände.“

Aus diesem Artikel ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Anfrage an die Generalkommission ja nur als eine Form betrachtet worden ist und nicht ernst gemeint war. Ohne eine Erklärung abzuwarten, wurde zu einem Zeitpunkt, als eine Antwort noch nicht eingetroffen sein konnte, in gewisser Weise die Verhöhnung der polnischen Gewerkschaftsmittelglieder betrieben.

Daß der Vorstand der P. P. S. seit langer Zeit systematisch darauf hinarbeitet, besondere polnisch-sozialistische Gewerkschaften zu gründen, um dadurch der P. P. S. eine größere Lebensfähigkeit zu geben, ist allen Kennern der Verhältnisse längst bekannt. Der Genosse Köppler hat in dem bereits von mir erwähnten Artikel den Beweis dafür erbracht.

Der Vorstand der P. P. S. glaubt sicher selbst nicht daran, daß die Genossen Ritzmann, Cepernit und Danisch infolge Drohungen meinerseits aus der P. P. S. ausgetreten sind. Er weiß zu genau, daß nicht ich oder die Generalkommission, sondern der Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes über Anstellung und Entlassung seiner Beamten entscheidet und daß die Generalkommission auf diese Dinge gar keinen Einfluß hat.

Berlin, 10. Dezember 1913. G. Bauer.

Die Gewerkschaften auf dem Finanzmarkt.

Der „Bremer Bürgerzeitung“ entnehmen wir nachstehende interessante Ausführungen: Die Zeit, wo sich einige kapitalistische Feilschpörne vorgenommen hatten, durch raffiniert ausgelegte Ausperrungen die Massen der Gewerkschaften auszuplündern, liegt noch nicht allzuweit hinter uns. Die Versuche dazu sind auch wiederholt bei größeren Organisationen unternommen worden, zum Beispiel mußten die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die Bauarbeiter und andere als Versuchsobjekte dienen.

Daß es dahin gekommen ist, verdanken wir der gefundenen Finanzpolitik, die innerhalb der Gewerkschaften gepflegt werden ist. Die Anhäufung der Kapitalisten in den Gewerkschaftskassen hat viele Ansetzungen erfahren. Schon zu einer Zeit, als bei jedem Streik noch der Ringelbeutel öffentlich geschwungen werden mußte, als also von einer finanziellen Kraft der Gewerkschaften nicht geredet werden konnte, wurde laut gegen die Versuche einiger Gewerkschaftler gemeldet, die durch Erhöhung der Beiträge, durch Einführung von Ertragsbeiträgen den Gewerkschaften eine größere Kraft und Bedeutung geben wollten.

Langsam, Schritt für Schritt, hat die Entwicklung ihren Lauf genommen. Die ursprünglich kleinen Kassenbestände, die im Jahre 1900 nicht einmal sechs Millionen ausmachten, waren im Jahre 1910 auf 37,5 Millionen angewachsen und betragen am Schluß des Vorjahres bereits rund 63 Millionen Mark in den Hauptkassen der Verbände. Bei solcher Entwicklung darf man, ohne überschänglichen Hoffnungen Raum zu geben, gern sich an den Gedanken gewöhnen, daß wir dem Zeitpunkt immer näher rücken, wo auch der Einfluß der Gewerkschaften sich auf dem Finanzmarkt bemerkbar machen wird.

Die Zeiten, wo die Gewerkschaftsvermögen den amtlichen und privaten Sparkassen zur Verwaltung ausgeliefert wurden, sind nahezu endgültig vorbei. Jeder Zweigverein, jede Filiale oder Zastelle eines Verbandes von nur einigermaßen Bedeutung ist heute im Besitz eines Bankbuches für den täglichen Giroverkehr. Für größere Summen, die nicht täglich disponibel zu sein brauchen, ist ein Depostkonto angelegt, für das man einen erheblich besseren Zinsfuß bekommt. Ober man trägt das Geld in die von den Konsumvereinen errichteten Sparkassen, die ebenfalls höhere Zinsen zahlen als die privaten Sparkassen. Andre haben größere Bestände als Anteile in Gewerkschaftsbauwerken investiert. So arbeitet das Vermögen der Gewerkschaften heute in einem ganz andern Sinne als dies noch vor zehn Jahren der Fall war.

Anders liegt die Sache noch bei den Hauptkassen der Verbände. Der ständige Zustrom größerer Beträge bedingt eine sorgfältige Kalkulation unserer Gewerkschaftskassierer, wie das Vermögen am besten unterzubringen ist. Da Börsengeschäfte und Spekulationen von vornherein als ausgeschlossen gelten mußten, auch Geschäfte mit einzelnen Privatpersonen nicht gut gemacht werden konnten, so blieb man längere Zeit hindurch auf die Beleihung von Grundstücken in Genossenschaften und Parteibetrieben, auf Beleihung von Gewerkschaftshäusern und den Ankauf guter Wertpapiere beschränkt. Als neueres Abwehrmittel für das Vermögen einiger Gewerkschaften kam noch die Verabreichung der Großeinlaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine hinzu, wodurch der Entfaltung der Konsumvereinsbewegung neue Hilfsquellen und Bahnen eröffnet wurden.

In allerjüngster Zeit sind nun die Gewerkschaften und auch die Großeinlaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine selbst auf dem Finanzmarkt als Geldgeber erschienen. Es ist bekannt geworden, daß die Gemeinde Gröda von der Großeinlaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine eine Anleihe von 300 000 Mk. aufgenommen hat, und die Stadt Sülzheim hat mit dem Bergarbeiterverband eine Anleihe von 600 000 Mk. abgeschlossen. Der Deutsche Bauarbeiterverband hat ebenfalls vor längerer Zeit das Ansuchen einiger west-

deutscher Städte berücksichtigt und ihnen auf dem Anleihebewege einen Betrag von sieben Millionen Mark bewilligt, damit sie ihre Sanierungs- und Baupläne zur Ausführung bringen können. Derselbe Verband hat einer oberfränkischen Marktgemeinde zu dem Bau einer Schule die Summe von 100 000 Mk. vorgestreckt und steht zurzeit noch in Unterhandlung mit einer großen Industriestadt in Süddeutschland, die zur Ausführung von bereits beschlossenen Kostenträgsarbeiten annähernd eine Million Mark aufnehmen will.

So fangen die Gewerkschaftsvermögen an, auf dem Finanzmarkt zu wirken. Die großen Kassenbestände fallen nicht mehr den großen Privatbanken in die Hände, die mit dem Gelde gegen einen hohen Zinsfuß wuchern, sondern sie gehen direkt in die Hände der Verbraucher, wo sie sich in sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Nutzen betätigen und selbst, Selbstgeber und -nehmer, haben ihren Nutzen davon. Der eine Kontrahent, weil er das Geld immerhin noch zu mäßigen Sätzen und bedeutend billiger erhalten kann, als von den Privatbanken usw. Wie zutreffend das ist, wurde durch den Fall der oberfränkischen Marktgemeinde bewiesen, der man unter sieben Prozent die benötigte Summe nicht leihen wollte und die sie nun zu einem weit geringeren, aber dennoch als gut zu bezeichnenden Zinsfuß erhalten hat.

Die Finanziers, die bisher die Ausbeutung der Kommunen als ihr besonderes Vorrecht betrachtet haben, sind über das Auftreten der Gewerkschaften auf dem Finanzmarkt natürlich sehr erodet. Sie sehen für die Zukunft ihren Profit schmälert, und wunschraubend rüffelt die bürgerliche Kapitalistenpresse die Kommunen, die sich bisher mit der Großeinlaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine und den Gewerkschaften auf Geldgeschäfte eingelassen haben. Forderte doch vor einiger Zeit ein Zentrumsbildlicher, die Regierung möge der Kommunalgemeinde die Annahme der 100 000 Mk. vom Deutschen Bauarbeiterverband einfach verbieten. Das würde natürlich nichts weiter bedeuten, als daß, wenn die Ausführung des Schulhauses nicht unterbleiben sollte, die kleine Kommunalgemeinde gezwungen werden sollte, sich den zinswuchernden Privatkapitalisten auszuliefern. So verstehen diese staatszerstörerischen Elemente die Förderung der Kulturaufgaben.

Daß die Gewerkschaften ihre eigentlichen Aufgaben durch die Beteiligung an solchen Finanzgeschäften nicht beeinträchtigen dürfen, muß als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Kamenenlich diejenigen Gewerkschaften, die mit dem Ablauf ihrer Tarifverträge zu bestimmten Terminen zu rechnen haben, können solche Geschäfte nur kurzfristig und bis zu den für sie kritischen Terminen abschließen. Das ist bisher auch geschehen.

Die geschäftliche Verbindung der Kommunen mit den Gewerkschaften wird mit der Zeit aber auch noch eine andere soziale Wirkung erzeugen. Je größer der Umfang wird, in dem Gewerkschaften als Geldgeber auftreten, je mehr wird sich in den Kommunen das Bedürfnis einstellen, diese Gelder möglichst langfristig zu haben. Und aus diesem Grunde werden die Kommunen selbst die besten Förderer des Tarifgebührens werden. Sie werden das allergrößte Interesse daran haben, daß die Ausführung ihrer eigenen Arbeiten nicht durch Streiks und Ausperrungen unterbrochen wird und durch Einführung und Einhaltung der tariflichen Löhne und Arbeitsbedingungen selbst mit dazu beitragen, dem wirtschaftlichen Kampf nach Möglichkeit die Schärfe zu nehmen.

Das ist wohl die wichtigste Seite bei der Beteiligung der Gewerkschaften auf dem Finanzmarkt. Die Kapitalistenfrage wird das schon herausgefunden haben, und die wünschenswerten Artikel ihrer Presse kann man aus diesen Gründen auch verstehen. T.

Aus unserm Beruf.

Zur Tarifbewegung 1913.

Zur Einleitung einer längeren Artikelserie über unsere nun nahezu beendete Tarifbewegung in den Nummern 36 bis 44 und 48 bis 49 des „Vereins-Anzeigers“ von 1912 schrieben wir: Soll die herangewonnene Tarifbewegung günstig für unsere Kollegen verlaufen, so ist größte Klarheit über die herrschende Situation in den weitesten Kollegenkreisen eine unbedingte Notwendigkeit. Darauf ist um so mehr Gewicht zu legen, je fester unsere Lohnbewegungen nicht mehr nur den engen Kreis örtlicher Interessen umspannen, sondern zu weit ausgreifenden, die Angehörigen des ganzen Gew. des ersassenden großen Auseinandersetzungen geworden sind.

Wir haben uns dann bemüht, den Werdegang und die Ergebnisse unserer früheren Lohn- und Tarifbewegungen bis zum Reichstarifvertrag, die Verhandlungen darüber, Entstehung, praktische Bedeutung, Vorteile und Mängel seiner einzelnen Bestimmungen, seine Durchführung und die dabei gesammelten Erfahrungen in Rücksicht auf die damals bevorstehenden Verhandlungen darzustellen. Gleichzeitig legte der Vorstand das verarbeitete Material an der Hand urkundlicher Beweise in einer größeren Broschüre mit dem Titel „Die Entstehung und Durchführung des Reichstarifvertrages im Holzgewerbe“ nieder. Vorher wurde eine allgemeine Aufklärungsaktion durch Versammlungen besonders über die Tarifpolitik des Arbeitgeberverbandes veranstaltet und auch noch während des Kampfes ist in Presse und Versammlungen alles nur denkbar mögliche zur Aufklärung der Kollegen über die bei einer solchen allgemeinen Bewegung mitwirkenden Faktoren und Momente gelang worden. Auch die Verhandlungen unserer außerordentlichen Generalversammlungen haben jetzt anflarend gewirkt. Wir wollen hier kein vor schnelles Urteil fällen, ob diese umfassende Tätigkeit unter unsern Kollegen die erwarteten Früchte getragen hat, ob immer die richtigen Schlüsse gezogen und für unsere

Bewegung und Organisation verwertet wurden. Es ist jetzt vielmehr unsere Aufgabe, weiter zu arbeiten an dem begonnenen Aufklärungswerk. Hoffen wir dann, daß die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge und die sich daraus für uns ganz von selbst ergebende Art des Vorgehens, um zu dem gesteckten Ziele zu kommen, von der großen Mehrzahl der Kollegen immer treffender beurteilt und praktisch angewandt werden: in ihrem täglichen Verhalten sowohl zur Verteidigung ihrer Rechte gegenüber dem Unternehmertum, bei Lohnbewegungen und bei der Agitation für unsern Verband gegen Unverständnis und Gleichgültigkeit, sowie gegen Feinde einer einheitlichen innerlich stark gefestigten und durch besondere Einrichtungen ausgebauten Organisation von rechts und links.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend wollen wir in den nächsten Nummern des „Vereins-Anzeigers“ unsere bisherige Tätigkeit auf dem Gebiete des Tarifwesens würdigen, den letzten Lohnkampf und seine Folgen für unsere Kollegen sowohl als auch für das gesamte Gewerbe beurteilen und feststellen, welche Lehren daraus für die Zukunft zu ziehen sind.

Submissionsliste. Für die Malerarbeiten des neuerbauten Verwaltungsgebäudes der Königl. Eisenbahndirektion in Breslau wurden 27 Offerten abgegeben. Die billigste lautete auf 14 156 Mk., die teuerste auf 41 806 Mk., also beinahe dreimal so viel. Die zweitbilligste Breslauer Firma forderte 5780 Mk. mehr wie die bill. se. — Hierzu bemerkt ein Breslauer Malermeister: „Man ruft fortwährend nach der Erziehung von Verbindungsgängern. Der Arbeitgeberverband der Malermeister verbande an jedes Mitglied einen Selbstkostenarif, auf den bei Bewerbungen um behördliche Arbeitsvergaben noch 10 Proz. aufgeschlagen werden sollten. Bei den Bewerbungen um die Malerarbeiten im Verwaltungsgebäude der Königl. Eisenbahndirektion scheinen aber die Breslauer Kollegen das Selbstkosten verlernt zu haben, denn die Angebote sind — bis auf zwei, die sich an den Tarif hielten — viel zu billig. Wo sollen bewartige Zustände hinführen? Erst der offizielle Selbstkostenarif, sodann wird derselbe nicht einmal vom Obermeister respektiert.“

Aus Unternehmertreuen.

Die II. Sitzung des Bundes deutscher Dekorationsmaler und dessen I. Wanderausstellung in Berlin. Die Sitzungen des B. d. D. finden am 11. und 12. Januar 1914 im Künstlerhaus in Berlin statt. Für die Tagesordnung ist folgendes festgelegt: Punkt 1: Die Wirtschafts-politik im deutschen Malergewerbe während der letzten zehn Jahre. Referent: Willy Liebich, Dekorationsmaler, Krefeld. Punkt 2: Ueber den Standpunkt der Dekorationsmaler. Referent: Jul. Wöfel, Kunst-maler, München. Punkt 3: Die tüchtigen Minoritäten. Referent: Wilhelm Kimmel, Hofzeichner, Berlin. Punkt 4: Schulfragen. Referent: A. Gemming, Kunst-maler, Düsseldorf. Punkt 5: Die Fachpresse im Malergewerbe. Referent: Richard Heffe, Dekorationsmaler, Leipzig. Punkt 6: Arbeitslosenversicherung über Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Referent: S. Urbantsch, Iga. Bayer. Hofdekorationsmaler, München. Für die Beratungen des ersten Tages ergeben Einladungen und können auch Gäste eingeführt werden, während am zweiten Tage nur die Bundesmitglieder Zutritt haben. Mit gleicher Gelegenheit veranfaßt der Bund seine erste Wanderausstellung. Zur Ausstellung gelangen: 1. Dekorative Malereien in allen Stilarten. 2. Skizzen und Photographien über ausgeführte Arbeiten. 3. Bemalte Möbel. 4. Muster für Wandmalung und Schablonierungen. 5. Modelle. 6. Werke der dekorativen Klein-kunst. Der Besuch hierzu ist für jedermann frei.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Wenig organisierte Arbeiter entsallen auf 1000 Einwohner? Das australische Arbeitsamt hat sich der Mühe unterzogen, dies festzustellen. Das Resultat ist folgendes: Auf je 1000 Einwohner entsallen in Australien 97, England 66, Deutschland 58, Neuseeland 57, Dänemark 46, Schweiz 34, Holland 28, Frankreich 27, Vereinigte Staaten 26, Norwegen 22, Schweden 21, Italien 20, Oesterreich 17, Belgien 12, Türkei 8, Bulgarien und Finnland 7, Ungarn 6, Spanien 4, Bosnien, Kroatien und Serbien 3, Rumänien 1. Ist diese Zusammenstellung richtig, so kann sie auch als Barometer für den Stand der Kultur und der Industrie des betreffenden Landes dienen.

Die Kinder- und Frauenarbeit in den Kulturstaaten.

Der im Jahre 1889 in Paris abgeschlossene erste internationale Arbeiterkongreß gab bekanntlich Veranlassung, daß auch die Regierungen der einzelnen Kulturstaaten internationale Verständigungen über den Ausbau des Arbeiterschutzes herbeiführten. So fand im Jahre 1890 die erste von der deutschen Regierung einberufene Arbeiterversammlerung in Berlin statt, die feststellte, „was nicht nur wünschenswert, sondern im Momente als erzielbar“ anzusehen sei. Als erstes Zwert wurde bezeichnet die Ausschließung der Kinder bis zum vollendeten zwölften Lebensjahr von allen industriellen Unternehmungen, die Beschäftigung der Arbeiter und die Festlegung eines Maximalarbeitstages von zwölf Stunden für jugendliche Arbeiter bis zu 16 Jahren, die Begrenzung der Arbeitszeit der Frauen auf acht Stunden pro Tag usw. Inzwischen haben eine Anzahl weiterer derartiger Konferenzen stattgefunden, die die Forderungen ausgearbeiteten.

Ueber das bis jetzt Erreichte gibt das „Bulletin de l'Office du travail“, das Amtsblatt des französischen Arbeitsamtes, eine interessante Übersicht. Danach be-

Neuen Arbeiterschutzgesetz in 68 Staaten. Was das Zulassungsgalter der Kinder zur Fabrikarbeit betrifft...

Die Frauennarbeit hat allenthalben gesetzliche Regelung erfahren. Das gänzliche Verbot der Nachtarbeit der Frauen...

Das unumstößlichste Problem ist die Regelung der Arbeitszeit erwachsener Männer. Einer solchen Regelung stehen die Unternehmer...

Man sieht, daß Deutschland keineswegs in der Welt voran marschiert. Es ist in vielen Punkten noch recht rückständig. Selbst von England ist es überflügelt worden.

Arbeiterverhältnisse in der Steinbruch-, Kalk- und Zementindustrie. Zu den Gewerkschaften mit den höchsten Prozentsätzen...

Die Unregelmäßigkeit der Beschäftigung hat zugenommen, was gleichbedeutend ist mit der größeren Unübersicht des Lohnverhältnisses. Die Zahl der nur zeitweilig beschäftigten Arbeiter...

Welchen Einfluß die unregelmäßige Beschäftigung auf die Entlohnung hatte, zeigen folgende Vergleiche. Es betrug der Durchschnittslohn pro Arbeiter im Jahre 1912...

Table with 3 columns: Year (1908, 1910, 1912) and various categories of workers with their respective wages.

Da der Lohn, gewöhnlich sehr schwach ist, so ist die Entlohnung der Arbeiter...

Löhne auch in Zeiten, wo die Lebensmittelteuerung nicht so üppig geblieben ist wie jetzt. Es handelt sich um Betriebe mit hohen Unfallgefahren...

Table showing accident statistics (Anmeldung and Entschädigung) for years 1887, 1900, and 1912, categorized by total and per worker.

Die Unfälle haben sich weit mehr als verdoppelt, berechnet pro 1000 Vollarbeiter. Aber die Zahl der entschädigten Unfälle ist seit 1909...

Die Entwicklung der „ortsüblichen Tageslöhne“. Der „ortsübliche Tageslohn“ oder „Ortslohn“, wie er in der neuen Reichsversicherungsordnung heißt...

Die ortsüblichen Tageslöhne wurden getrennt festgestellt für männliche erwachsene, weibliche erwachsene, männliche jugendliche...

Table showing daily wages (Tageslöhne) in various cities like Berlin, Köln, Breslau, Frankfurt a. M., etc., for the years 1881, 1912, and percentage increase.

Wie man sieht, beträgt die Vermehrung der Ortslöhne zwischen 11 und 113 Proz. Im Durchschnitt dürfte in diesen 28 Jahren der Satz um 50 Proz. gestiegen sein.

Die Löhne für die andern drei Kategorien sind natürlich entsprechend niedriger. So zählt Groß-Berlin gegenüber einem Ortslohn von 3,60 Mk. an erwachsene männliche 2,20 Mk. an erwachsene weibliche...

Arbeiterversicherung

Die Ersparnisse in der Krankenversicherung. Auf die Anfrage des Abg. Ratzmann im Reichstag wegen der Zulassung von Ersparnissen...

Abrechnung vom 3. Quartal 1913.

Table showing income (Einnahme) for the 3rd quarter 1913, split into A. In den Filialen and B. In der Hauptkasse.

Table showing expenses (Ausgabe) for the 3rd quarter 1913, split into A. In den Filialen and B. In der Hauptkasse.

Abrechnung für den „Vereins-Anzeiger“.

Table showing income (Einnahme) for the association newspaper, split into main office and subscriptions.

Table showing expenses (Ausgabe) for the association newspaper, including printing, paper, and other costs.

H. Wenker, Kassierer.

Revidiert und für richtig befunden. A. Zohler, Vorsitzender. J. Reich, Sekretär. Wily. Lassen, Dr. Höhle, Revisoren.

Delbrück am 18. Dezember folgende schriftliche Antwort erteilt:

Dem Reichskanzler ist bekannt, daß zurzeit noch keine Ersparnisse der Krankenversicherung durch das Reichsversicherungsamt zugelassen worden ist.

Das Gesetz geht nicht davon aus, daß sämtliche ehemaligen freien Hilfskassen, die den Antrag gestellt haben, auch schon bis zum 1. Januar 1914 zugelassen werden müssen.

versicherungsamtes im „Reichsanzeiger“ geführt werden. Des zuvorigen Abdrucks der Vereinsfassung (§ 515) bedarf es hierfür nicht. Ferner ist durch die Bekanntmachung betreffend Ausführung der Reichsversicherung vom 5. Dezember 1913 die Möglichkeit gewährt, daß Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, denen eine Bescheinigung nach § 514 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung als Ersatzlassen erteilt ist, statt der Versicherungspflichtigen den Antrag bei der Krankenkasse stellen. (§ 519 Absatz 2). Es bedarf für die Erlangung dieser Ermächtigung nur eines Antrages bei dem Reichsamt des Innern.

Hierauf befinden sich die bisher mit einer Bescheinigung gemäß § 75a des Krankenversicherungsgesetzes versehenen ehemaligen Hilfsklassen und ihre Mitglieder in folgender Rechtslage: Bis zur Zulassung als Ersatzlasse, längstens bis zum 30. Juni 1914, bleibt die Bescheinigung in Kraft, so daß die Mitglieder der ehemaligen Hilfsklasse außerhalb der gesetzlichen Krankenkasse bleiben. Sobald die Zulassung als Ersatzlasse erfolgt ist, erlischt die alte Bescheinigung, die Mitglieder treten in die gesetzliche Krankenkasse ein, sie selbst oder für sie ihre Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit haben aber noch bis zum zweiten Jahrtage der gesetzlichen Krankenkasse Zeit, den Antrag auf Nutzen ihrer Rechte und Pflichten bei der gesetzlichen Krankenkasse zu stellen. Wird der Antrag nicht rechtzeitig gestellt, so sind die Mitglieder bis zum Beginn des nächsten Kalenderjahres mit Kündigungsfrist von einem Monat an die gesetzliche Krankenkasse gebunden und beitragspflichtig (§ 520 der Reichsversicherungsordnung).

Die vom Gesetz vorgesehene Frist bis zum zweiten Jahrtage — so wird weiter erklärt — mußte als ausreichend angesehen werden. Eine Verlängerung der Frist, daß etwa sämtliche Bescheinigungen nach § 75a des Krankenversicherungsgesetzes ohne Rücksicht auf den Tag der Zulassung des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit als Ersatzlasse, bis zum 30. Juni 1914 gelten würden, könne nicht in Aussicht gestellt werden.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Die Zahntaries, eine Berufskrankheit. Die Taries, die häufigste Zahnerkrankung, die, wenn nicht behandelt, unheilbar zum Verlust des Zahnes führt, gehört zu denjenigen Krankheiten, die mit zunehmender Kultur immer günstigere Entwicklungsbedingungen finden, während andererseits diese Kultur allerdings auch die Mittel zu ihrer Bekämpfung und an die Hand gibt. Die frühere gröbere Ernährungsweise, vor allem der Genuß des groben körnigen Brotes, das gleichzeitig die Zähne beim Kauen härkt und sie mechanisch reinigt, begünstigte die Entstehung der Taries viel weniger als unsere heutige Ernährung, besonders in den besser situierten Schichten mit Brot aus feinerem Mehl und vor allem zuckerhaltigen Nahrungsmitteln (Nudeln, Schokolade, Bonbons usw.). Auch die Entkalkung des gewöhnlich auch zur Dampfsterilisation dienenden Leitungswassers trägt ihr Teil dazu bei, die Zähne kalkarm und dadurch widerstandsunfähig zu machen.

Wenn so die Taries eine allgemeine Kulturkrankheit genannt werden kann, so kann man sie doch noch mit größerem Rechte eine Berufskrankheit nennen. Es hat sich nämlich gezeigt, daß alle jene Berufe, die mit zuckerhaltigen Lebensmitteln in Berührung kommen (Zuckerbäcker, Köche, Arbeiter in Zucker- und Schokoladenfabriken ein ganz besonders schlechtes Gebiß haben. Die Taries entsteht dadurch, daß sich an und zwischen den Zähnen kohlenhydrathaltige Nahrungsmittel ansetzen, die durch die Mundbakterien in saure Gärung geraten, zunächst den Schmelz und das Zahnbein zerstören. Bei den genannten Arbeiterkategorien ist nun teils durch den in der Luft herumfliegenden Zuckeraub, teils durch den besonders häufigen Genuß solcher zuckerreichen Nahrungsmittel die Möglichkeit einer Erkrankung in aussergewöhnlich hohem Grade gegeben. Die „Zucker-taries“ zerstört in wenigen Jahren vollkommen gesunde Zähne. Bei der Mehrzahl der dienstuntauglichen Zuckerbäcker ist das schlechte Gebiß oder die dadurch bedingte schlechtere Körperbeschaffenheit die Ursache der Zurückweisung. Dr. Williger teilt in einem in dem Sammelwert „Krankheit und soziale Lage“ (M. Koffe und G. Eugenbreich) veröffentlichten Aufsatz eine Tabelle mit, die zeigt, wie verschiedenwertig die Gebisse bei den Militärschützigen sind. Es wurden bei 11874 Musterungspflichtigen gefunden

Beruf	Durchschnittszahl der extraktierten Zähne	Tariesfreie Gebisse
Landwirte	6,4	9,8
Baugewerbe	7,1	8,1
Bekleidungs-gewerbe	7,1	5,1
Müller	7,8	8,2
Fleischer	8,0	4,3
Größeres Handwerk	7,8	5,5
Feineres Handwerk	8,9	2,8
Kellner, Köche	9,1	4,2
Kopfarbeiter (Buchhalter etc.)	9,6	2,4
Bäder	11,8	2,1
Zuckerbäcker	15,6	—

Die besonders durch die Taries bedrohten Berufsarten können sich nur durch besonders peinliche Sauberhaltung ihres Gebisses sowie durch Vermeidung des Genußes zu vieler mehl- und zuckerhaltigen Nahrungsmittel schützen. Rasig ist eine solche Sauberkeit bei der großen Wichtigkeit, die ein gutes Gebiß nicht nur für das schöne Äußere, sondern auch für die Gesundheit hat (ordentliches Zerkauen der Speisen) auch für die übrige Bevölkerung eine unbedingte Notwendigkeit.

Genossenschaftliches.

Die Volksfürsorge muß sich wehren! Die Deutsche Volksversicherung A.-G., deren Vorstand immer den Anschein einer vornehmen und lokalen Kontinuität erwecken möchte und deren Propaganda für die christlichen Arbeiter, der bekannte Reichstagsabgeordnete

Wöhrens, erst jüngst in einer Broschüre schrieb: „Die öffentlich-rechtlichen Anstalten bekämpfen die gemeinnützige Volksversicherung mit denselben verärgerten Waffen wie die sozialdemokratische Volksfürsorge“, hat in einer Reihe ihrer Propagandabroschüren die verächtliche Behauptung verbreitet, „bei der Volksfürsorge würden die Gelder der Versicherer letzten Endes dazu dienen müssen, der Unsturzpartei einen neuen starken Kriegsschatz im Kampfe gegen den Gegenwartsstaat zu schaffen“. Der loyale Versuch des Vorstandes der Volksfürsorge, den Vorstand der Deutschen Volksversicherung A.-G. zu veranlassen, diese unwahre Behauptung zu widerrufen und ferner zu unterlassen, war vergeblich. Deshalb gibt der Vorstand der Volksfürsorge der Gegenpartei durch eine Klage auf Grund des § 14 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb beim Landgericht in Berlin Gelegenheit, den schweren Vorwurf zu beweisen. Wie die bürgerliche Presse zu berichten weiß, wird die Deutsche Volksversicherung A.-G. den Beweis für die Richtigkeit ihrer Behauptung in vollem Umfang antreten und dementsprechend Abweisung der Klage beantragen“. Die Verhandlung ist auf den 22. Dezember angelegt. Es ist ganz gut, daß auf diesem objektiven Wege der Beweisführung vor Gericht die Unbilligkeit erfährt, wer die verärgerten Waffen geführt. Nebenfalls kann die Volksfürsorge diesem Verfahren mit Ruhe entgegensehen.

Vom Ausland.

Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongress in Ungarn. Die ungarischen Gewerkschaften hatten zum Sonntag den 14. Dezember einen außerordentlichen Kongress nach Budapest einberufen, um zu der herrschenden Arbeitslosigkeit Stellung zu nehmen. Zum ersten Male hatte die ungarische Regierung zu einem Gewerkschaftskongress einen Vertreter entsandt, ebenso die Hauptstadt des Landes.

Nach Eröffnung und Begrüßung des Kongresses nahm der Regierungsvertreter das Wort, um über die Maßnahmen, die die Regierung zur Milderung der Arbeitslosigkeit getroffen hat, Mitteilung zu machen. Der Handelsminister hat sofort verschiedene öffentliche Arbeiten angeordnet, Straßenbauten und Ausführung von Staatsgebäuden in Höhe von etwa 36 Millionen Kronen. Neben den für öffentliche Arbeiten ständig im Etat eingestellten 290 Millionen Kronen sollen im Jahre 1914 auch noch für neue Eisenbahnlinien 33 Millionen verwendet werden, alles in allem wird die Regierung 351 Millionen Kronen für öffentliche Arbeiten ausgeben. Der Regierungsvertreter erwartet, daß auch die Privatgesellschaften und Fabrikanten das ihrige zur Verringerung der wirtschaftlichen Krise tun möchten. Der Vertreter des Magistrats von Budapest erklärte, daß die Hauptstadt bereits 100 000 Kronen für die Arbeitslosen ausgelegt habe. Notstandsarbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden.

Ein Vertreter der sozialdemokratischen Partei gab seinem Mißfallen Ausdruck darüber, daß die Regierung eintritt sich mit der Arbeitslosenfrage zu befassen, bisher Lagabundengesetze beraten und über den Schutz der Arbeitswilligen sich den Kopf zerbrochen habe. Der nach ihm zu Worte kommende Referent entwarf ein durch Zahlen belegtes erschreckendes Bild der Arbeitslosigkeit. Die Mitgliederzahl der Landesirakantenliste fiel seit August 1912 von 1 283 000 auf 66 000. Die Gewerkschaften schätzen die Zahl der gegenwärtig Arbeitslosen im Lande auf 120 000. Die Arbeitslosigkeit herrsche seit Beginn des Jahres 1913; aber auch unter den in Arbeit stehenden herrsche großes Elend. Viele der großen Fabriken arbeiten jetzt die Woche nur noch 25 Stunden. Und die Regierung habe in dieser schweren Zeit nichts anderes zu tun, als ein Lagabundengesetz zu schaffen, nach dessen Bestimmungen jedem Stützträger und Polizeibüro das Recht gegeben wäre, die ohne Verschulden arbeitslos gewordenen Arbeiter abzuschieben oder auf längere Zeit einzusperrn.

Nachdem schilderten die Vertreter der großen Gewerkschaften aus verschiedenen Städten die traurigen Zustände und verlangten dringend die Unterstützung des Staates zur Verringerung dieser Not. Der Kongress nahm einstimmig eine Resolution an, in der u. a. gesagt wird, daß die gegenwärtige lang anhaltende Arbeitslosigkeit hauptsächlich die Folge der unjährlichen Tendenz der inneren Politik der Regierung und der gewalttätigen schädlichen äußeren Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie sei. Die Regierung habe die für öffentliche Arbeiten bestimmten Gelder für die die Lasten des Volkes erhöhenden Heereszwecke verausgabt. Die wirtschaftliche Krise werde noch erhöht durch ständige Erhöhung der direkten Steuern und unausgesetzte Verteuerung der Lebensmittel. Die Verheerungen der Krise könnten durch eine vorwiegend wirtschaftliche Politik und zielbewusste Sozialpolitik gemildert werden. Der Kongress forderte daher, daß die Regierung ohne Aufschieben alle zurückgebliebenen öffentlichen Arbeiten in Angriff nehmen läßt, daß sie unter Beachtung der Grundprinzipien des Genter Systems die Behörden und Gemeinden auffordert, Unterstützungen an Arbeitslose zu zahlen und daß sie die gesetzliche Regelung der auf die Autonomie der Arbeiter beruhenden obligatorischen Arbeitslosenversicherung vorbereite. Die Gewerkschaftskommission wird beauftragt, einen auf das Genter System basierenden Entwurf auszuarbeiten und ihn sämtlichen Behörden und Gemeindevertretungen vorzulegen. In Anbetracht der großen Zahl der Arbeitslosen betrachtet der Kongress die von der Regierung und der Hauptstadt bewilligten 150 000 Kronen als ein Almosen, das zur Unterstützung der Hungernden nicht ausreicht.

Wachstum der holländischen Gewerkschaftsbewegung. Das holländische „Jahrbuch für 1914“ bringt eine Statistik über die Fortschritte der der Generalkommission in Holland unterstellten Zentralverbände. Es betrug die Gesamtmitgliedszahl: 1. Oktober 1912 56 884, 1. Januar 1913 61 535, 1. April 1913 66 716, 1. Juli 1913 71 131, 1. Oktober 1913 79 327. Der Generalkommission gehörten an im Jahre 1907 96 200, im Jahre 1910 40 660 und im Jahre 1911 44 878 Mitglieder. Wir sehen, die holländischen freien zentralisierten Gewerkschaften können stolz auf ihre Entwicklung sein.

Fachtechnisches.

- Patentschau. Vom Patentbureau D. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften bill. u. k. Auskünfte frei. Gebrauchsmuster:
- Nr. 374. 578539. Apparat zum mechanischen Ziehen von Strichen in Treppenhäusern usw. Carl Ebner, Zittau. Ang. 5. 11. 13.
 - Nr. 75c. 578855. Mit beheiztem, von Rohren durchquertem Materialbehälter ausgestatteter Spritzapparat zum Zerstäuben flüssigen Materials. A. Mauser, Köln-Chrenfeld. Ang. 6. 1. 13.
 - Nr. 75c. 578870. Halter für Winkel zum Einhängen in Klüffigkeiten. Otto Philippbaer, Feuerbach, und Hof. Speidel, Stuttgart. Ang. 4. 10. 13.
 - Nr. 75c. 579697. Fahrbares und verstellbares Gerüst für Mater, Wagenladierer u. dgl. Franz Jaworski, Königsberg i. Pr. Ang. 30. 10. 13.
 - Nr. 75a. 578355. Grundrissplatten. G. Preyer, Köln-Sülz. Ang. 20. 10. 13.
- Angemeldete Patente:
- Nr. 9. F. 37246. Vorrichtung zum Reinigen von Würfeln. Paul Frißche, Mies a. d. E. Ang. 12. 9. 13. Erteilte Patente:
 - Nr. 22r. 268626. Verfahren zur Reinigung und Erneuerung von Delgemälden. A.-G. für Anilin-Fabrikation, Berlin-Treptow. Ang. 2. 3. 13.

Fachliteratur.

Gotische Dekorationsmalereien. 20 farbige Tafeln, gezeichnet und herausgegeben von Cornelius Hebing. Verlag Georg D. W. Callwey, München. Preis in Mappe 12 Mk. Kurz vor Jahres-schluß erscheint soeben noch ein Vorlagenwerk für gotische Dekorationsmalereien, das in jeder Beziehung, sowohl in Zeichnung und Farbengebung, als auch in Druck und Gesamtausstattung vorzüglich zu nennen ist. Der Preis ist so gestaltet, daß das Werk die weiteste Verbreitung finden kann und auch sollte, denn das wirklich Gute und Brauchbare verdient auch in den Kreisen der Berufskollegen die ihm zustehende Anerkennung.

Literarisches.

Postill und Gewerkschaften. Ein Kapitel aus dem Kämpfen der Gewerkschaften mit Polizei und Justiz. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. — 112 Seiten Oktav. Berlin 1913. Verlaganstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. — Preis 1 Mk. — Die Herausgabe dieser Schrift ist ein verdienstvolles Werk des Holzarbeiter-Verbandes. Sie darf in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Handbuch des guten Tones und der feinen Sitte von Konstanze von Franken. 13. Auflage, 304 Seiten. Preis geb. 2,50 Mk. Max Hefers Verlag, Leipzig. Das vornehm ausgestattete Buch dürfte sehr vielen Personen zu empfehlen sein. Die große Reichhaltigkeit des Stoffes, die knappe, frische Ausführung, die in Frage und Antwort gehalten, kein Alter, keinen Stand, keine Lebenslage unberücksichtigt läßt, die lebenswichtig wichtige Art, in welcher die eigenen Ansichten dargelegt und mit einer Fülle launiger Zitate durchflochten werden, so daß das Buch zur angenehmen Lektüre wird, und endlich das Bemühen, die Verfeinerung der äußeren Form stets mit der inneren Bereicherung zu verbinden, Höflichkeit und Herzlichkeit Hand in Hand gehen zu lassen, werden auch der vorliegenden 13. Auflage viele neue Freunde gewinnen.

Verschiedenes.

Süßigkeiten mit alkoholhaltiger Füllung kommen immer mehr in den allgemeinen Handel. Sie ermöglichen Kindern den gerade ihnen so überaus schmackhaften Alkoholgenuß in unkontrollierter Menge. Es ist zwar gelegentlich die Sache als harmlos hingestellt worden; doch sind gerade in letzter Zeit wiederholt Fälle von Trunkenheit bei Kindern, sogar bei Frauen in der Presse mitgeteilt worden, die auf den Genuß dieser Süßigkeiten zurückgeführt werden konnten. Aus dem Grunde haben auch die Behörden sich bereits der Angelegenheit angenommen. Das Bezirksamt in Kronach (Bayern) warnt vor dem Feilhalten dieser Süßigkeiten, da sie für Kinder gesundheitsschädlich sind, und der Verkauf unter Umständen nach § 147 der Gewerbeordnung bestraft werden kann. Der Landrat des Kreises Bielefeld nimmt ebenfalls vorgelommene Fälle zum Anlaß einer dringenden Warnung an alle Eltern und Erzieher, die ihrer Obhut anvertrauten Kinder vor dem Genuß zu schützen. Er hebt besonders hervor, daß in 100 Gramm Konfekt, die für 28 Pf. verkauft worden waren, sich ungefähr ein Eßlöffel voll Etrinkbranntwein befand.

Sterbetafel.

Potsdam. Am 11. Dezember verschied plötzlich der Kollege Wilhelm Ridel, geboren am 5. März 1855, infolge Nierenkrankung und Bleiähmung. Ehre seinem Andenken!

Bekanntmachung der Expedition.

Wir machen diejenigen Fiktalverwaltungen, die die Zeitungen an ihre Zahlstellen selbst hinsenden, darauf aufmerksam, daß von der nächsten Nummer ab durch die Formatänderung des „Vereins-Anzeigers“ die Exemplare etwas leichter werden, somit eine größere Zahl Zeitungen in den einzelnen Rollen gesetzt werden kann.

Das Inhaltsverzeichnis für den 27. Jahrgang wird Anfang Januar erscheinen. Fiktalen, die mehrere Exemplare wünschen, wollen uns baldigst nachrichtigen. Ebenso eruchen wir um baldige Mitteilung, wenn in den Fiktalen einzelne Nummern des „Vereins-Anzeigers“ oder „Korrespondenzblattes“ zum Einbinden fehlen sollten. Nur solche Bestellungen, die im Laufe des Monats Januar 1914 eingehen, können berücksichtigt werden.

